

Politischer Jahresbericht

Pakistan/Afghanistan Juli 2006 – Juni 2007



Pakistan / Afghanistan

Regionalbüro Lahore, Juli 2006 - Juni 2007

Gregor Enste

Heinrich Böll Foundation
76 B Nisar Road
Lahore
54800 Pakistan
T + 92-42- 6666 322

Inhalt

Zusammenfassung	2
1. Zentrale Entwicklungen in beiden Ländern.....	3
2. Pakistan	5
Innenpolitik, Talibanisierung, Rote Moschee.....	6
Veränderte Politische Arena, Militarisierung.....	7
Machtkampf, Islamistische Parteien.....	8
Außenpolitik.....	10
3. Afghanistan.....	11
Sicherheitslage, Innenpolitische Arithmetik.....	12
Wirtschaft und Drogenökonomie.....	13
Außenpolitik.....	16
Ausblick.....	17

Zusammenfassung Pakistan und Afghanistan

In den fragilen politischen Gesellschaftssystemen beider Länder werden die bisher dominanten Führungspersonen von neuen innenpolitischen Gegenspielern und Kräften massiv herausgefordert. Das politische Überleben sowohl von General Präsident Musharraf in Pakistan als auch Präsident Karzai bis Jahresende ist nicht sicher.

In Pakistan kulminierte die seit Monaten anhaltende Herausforderung des Staates durch militante Islamisten in einer tagelangen blutigen Auseinandersetzung um die Rote Moschee, deren gewaltsamer Ausgang mit über 70 Toten sowohl für die Regierung um General Präsident Musharraf als auch für die Islamistische Bewegung schwer einzuschätzen ist. Er könnte zu einem Fanal werden.

Acht Jahre nach dem Militärputsch von Musharraf entlädt sich in Demonstrationen gegen die vom Militär initiierte Suspendierung des Obersten Richters der aufgestaute Überdruß am politischen System insgesamt. Musharraf hat sein Versprechen, das Land zurück zur Demokratie zu führen, nicht eingelöst. Zum weiteren Prüfstein ist seine anhaltende Weigerung geworden, die Uniform abzulegen und seine Doppelrolle als Präsident und Armeechef aufzugeben.

Politische Reformkräfte jenseits der selbsternannten Kräfte um die Londoner Exil Politiker sind nicht in Sicht. Das Militärregime nutzte die Beteiligung am *War on terror* auch finanziell zum Machterhalt nach innen, die Armee hat sich wie eine Krake der pakistanischen Gesellschaft bemächtigt und ist nicht nur der größte Arbeitgeber sondern auch der größte Grundstückseigentümer und Immobilienhändler.

Aus der Nordwestgrenzprovinz NWFP verstärkt sich eine Bewegung der offenen militanten Talibanisierung, die neben den bisherigen Stammesgebieten neue Inseln der Rechtslosigkeit und der staatlichen Einflusslosigkeit geschaffen hat. In ganz Pakistan gehen zudem die Islamisten auf die Straße und wollen die Regierung zwingen, auf Distanz zu den USA zu gehen.

Die Zentralgewalt in Islamabad muss dringend die Kontrolle über die Stammesgebiete der FATA entlang der Grenze zu Afghanistan wiedergewinnen und dort Rechtsstaatlichkeit durchsetzen. Taliban-Sympathisanten nutzen diese Regionen als Basis, um von dort aus Pakistan und Afghanistan zu destabilisieren.

Fünf Jahre nach dem Beginn des demokratischen Wiederaufbauprozesses ist Afghanistan von einer Post-Konflikt-Situation in großen Teilen wieder zu einem Konfliktland geworden, dass zudem von einer riesigen Drogenökonomie unterwandert wird.

Der innenpolitische Handlungsrahmen von Präsident Karzai ist zunehmend beschränkt, mit der "National United Front" NUF ist zudem ein politischer Gegenspieler von Regierung und Internationaler Gemeinschaft entstanden. Die innenpolitischen Kräfteverhältnisse in Afghanistan gestalten sich neu, während die Institution Parlament derweil an Legitimität in der Bevölkerung verliert.

Die wachsende Unzufriedenheit über das Vorgehen der internationalen militärischen Verbände und steigende zivile Opferzahlen stellen die bisherigen Erfolge von Sicherheit und Wiederaufbau in Frage. Der angekündigte Strategiewechsel der Geberstaaten ist bislang ausgeblieben.

Bei einem Rückzug der internationalen Staatengemeinschaft aus Afghanistan droht ein Rückfall in einen Bürgerkrieg. Die Taliban sind nur eine von vielen Herausforderungen für die Sicherheit in Afghanistan – neben Korruption, Drogenhandel und Warlords. Ein Abzug würde diese Gesellschaft in einen von Pakistan dominierten paschtunisch-islamistischen Süden und einen intern Krieg führenden Norden fallen lassen.

Schlechte Regierungsführung wird zum Hauptrisiko für Entwicklung und Sicherheit. Die afghanische Regierung und das Parlament müssen daher mehr in die Verantwortung genommen werden. In Afghanistan geht es nicht um das Schicksal der NATO, sondern um das Schicksal Afghanistans, die Hauptverantwortung hierfür tragen die AfghanInnen selbst.

Die Spannungen mit den Nachbarstaaten Pakistan und Iran nehmen zu. Das Grenzgebiet zwischen Afghanistan und Pakistan erlebt nicht nur Krieg zwischen internationalen Koalitionstruppen und militanten Islamisten und Neo-Taliban sondern auch einen Krieg zwischen Moderne und Tradition, zwischen staatlicher Ordnung und lokalen Autonomien.

1. Zentrale Entwicklungen in beiden Ländern

Beide Länder waren im letzten Jahr und im ersten Halbjahr 2007 von der wachsenden Schwäche der Zentralregierungen und ihrer Führungspersonen Karzai und Musharraf geprägt. Dies vorwiegend aus innenpolitischen Gründen, die weiter unten näher behandelt werden. Hinzu kommt eine zentrale regionalpolitische Entwicklung: die massive Verschlechterung der bilateralen Beziehungen zwischen Pakistan und Afghanistan.

Verschlechterung im bilateralen Verhältnis

Seit der Staatsgründung Pakistans im Jahre 1947 sind die Beziehungen zu Afghanistan schwierig und durch Ressentiments belastet. Selbst in intellektuell-aufgeklärten Kreisen Pakistans wird immer wieder der historische Umstand zitiert, dass Afghanistan das einzige Land gewesen sei, das nach Staatsgründung gegen die Aufnahme Pakistans in die Vereinten Nationen gestimmt habe. Demgegenüber war Pakistan das erste Land, das 1996 nach der Machtübernahme der Taliban in Kabul diplomatische Beziehungen mit dem neuen Regime aufnahm und nach dem Fall der Taliban den demokratischen Staatsaufbau des Nachbarlandes nur sehr zögerlich unterstützte. Virulent wurde in den letzten zwölf Monaten ein historischer Grenzkonflikt und das ganze Jahr über bestimmten die grenzüberschreitenden Gewaltakte der Neo-Taliban die Beziehungen.

Grenzkonflikt um die „Durand line“

Mitte Mai 2007 kam es an Grenzposten zwischen der afghanischen Provinz Paktia und den Stammesgebieten der pakistanischen Nordwestgrenzprovinz NWFP zu tagelangen Kämpfen beider Armeen mit Dutzenden von Toten, die erst nach Vermittlungsbemühungen von ISAF, der NATO-gestützten Stabilisierungsstreitkräfte in Afghanistan beendet wurden. Mittlerweile finden regelmäßige Treffen einer „Tripartite Commission“ der Armeeführungen Pakistans, Afghanistans und des ISAF Oberkommandos zur Verhinderung weiterer Grenzscharnützel statt, was die Brisanz dieses Konflikts um die „Durand Line“¹ belegt: er birgt das Potential eines regulären Grenzkriegs und schwelt seit über hundert Jahren. Denn nach den ersten beiden britisch-afghanischen Kriegen gelang es Großbritannien im Jahre 1893 mit der Durand Line seine kolonialen Besitzungen in Britisch-Indien (heute Pakistan) gegen Afghanistan abzugrenzen. Dieser Beschluss wurde in der Folge nie revidiert, auch die derzeitige Außenpolitik Afghanistans hält die Frage aus innenpolitischen Erwägungen heraus offen. Pakistan wiederum hat die Grenzlinie anerkannt und seit Ende 2006 damit begonnen, sie mit einem

¹ Die Grenzlinie wurde nach dem damaligen Außenminister der indischen Verwaltung, Sir Henry Mortimer Durand, benannt und unter britischen Druck im Einvernehmen beider Seiten für 100 Jahre von 1893 bis 1993 beschlossen. Die Demarkationslinie wurde bewusst durch die Siedlungsgebiete der Paschtunen gelegt, um aus Afghanistan eine Pufferzone zu machen und es so besser kontrollieren zu können. Im Jahr 1947 wurde dann der Staat Pakistan unter Einbeziehung dieser paschtunischen Gebiete gegründet. Die afghanische Loya Jirga von 1949 erklärte daraufhin die Durand-Linie für ungültig, da das ursprüngliche Abkommen mit den Briten und nicht mit der pakistanischen Regierung geschlossen worden war.

Grenzzaun zu sichern. Islamabad rechtfertigt diese Maßnahme als Mittel im Kampf gegen den grenzüberschreitenden Terrorismus, Afghanistan geht jedoch von einer völkerrechtswidrigen Annektierung afghanischen Territoriums aus. Die im September 2006 beim Treffen zwischen dem US-Präsidenten Bush, Präsident Karzai und Generalpräsident Musharraf angekündigte grenzüberschreitende *Jirga*, eine große Ratsversammlung aller paschtunischen Stämme zur Konfliktmediation ist auch aufgrund dieser ungelösten Grenzziehung noch nicht zustande gekommen.

Flüchtlingsproblematik

Ungelöst und politisch brisant ist auch das Problem der Repatriierung von Millionen afghanischer Flüchtlinge in Pakistan, das seit Anfang 2007 zunehmend zu Misstönen im bilateralen Verhältnis geführt hat. Nach dem Sturz der Taliban Ende 2001 setzte ein stetiger Rückstrom von Flüchtlingen ein, der die afghanische Verwaltung angesichts der weithin völlig zerstörten Infrastruktur immer noch vor große Probleme stellt. In Pakistan gibt es nach einem Zensus von 2006 aber immer noch 2,5 Millionen Flüchtlinge, die vor allem in Quetta, der Hauptstadt der pakistanischen Grenzprovinz Balochistan und in den paschtunischen Gebieten der nordwestlichen Provinz NWFP Zuflucht gefunden haben und dort teilweise in zweiter Generation leben. Hunderttausende haben weder afghanische noch pakistanische Legitimationspapiere, und wiederum Zehntausende passieren jeden Tag illegal und unkontrolliert die 1.700 km lange Grenze, um auf der jeweils anderen Seite ihr Auskommen zu finden. Die pakistanische Regierung hat 2005 eine auf mehrere Jahre angelegte schrittweise Rückführung eines Großteils der afghanischen Flüchtlinge beschlossen, die auch Zwangsmittel vorsieht. Als die Verwaltungen einiger Distrikte der Nordwestgrenzprovinz Mitte Mai 2007 mit der gewaltsamen Auflösung von Flüchtlingslagern eine erste Deportation einleiten wollten, kam es zu blutigen Aufständen in den Lagern und in den Siedlungsgebieten der Paschtunen. Zudem kursierten Spekulationen darüber, ob die Regierung in Pakistan die Flüchtlinge künftig als außenpolitisches Druckmittel gegenüber Afghanistan einsetzen würde. Gleichwohl halten die pakistanischen Behörden an der Schließung von zwei Lagern in Peshawar bis Ende August 2007 fest.

Die Flüchtlingsproblematik hat das Potential zu weitreichenden innenpolitischen Verwerfungen nicht nur in Afghanistan selbst. Die zwangsweise Rückführung von fast 100.000 afghanischen Flüchtlingen aus Iran hat das Parlament in Kabul im Mai bewegt, die Entlassung des Außenministers und des Ministers für Flüchtlingsfragen zu beschließen. Angesichts der desolaten Wirtschaftslage Afghanistans und der katastrophal hohen Arbeitslosigkeit wird die von Pakistan geplante zwangsweise Rückführung mehrerer hunderttausend Flüchtlinge den afghanischen Staat schlichtweg überfordern und zu gewaltsamen Aufständen führen.

Grenzüberschreitende Neo-Taliban

Das Phänomen der als Neo-Taliban bezeichneten Re-gruppierung der militanten Taliban hat im letzten Jahr zugenommen und wird

von pakistanischem Territorium aus gesteuert. Von den sechs Aufstands- und Unruheprovinzen im Süden Afghanistans haben fünf gemeinsame Grenzen mit Pakistan, wohin die Taliban nach dem Rückzug aus Kabul im November 2001 geflüchtet waren. Der Rückzug erfolgte mehr oder minder geordnet, und war damit Ausgangslage und Basis für das jetzt beobachtete Re-Gruppieren. In den paschtunischen „Tribal Areas“ der pakistanischen Nordwestgrenzprovinz NWFP und in Quetta fanden sie Raum, ideologische Unterstützung, Gastfreundschaft und konnten sich unbehelligt neu formieren. Dort verbündeten sich die Taliban 2006 mit verschiedenen einflussreichen Führern wie Gulbuddin Hekmatjar, der mit seiner Gruppe Hisb-i-Islami über erhebliche Ressourcen verfügt und sich zu Selbstmordattentaten bekennt. Der Zweite ist der frühere Taliban-Minister Jalaluddin Haqqani, der aus der pakistanischen „Tribal Agency“ Waziristan heraus operiert. Dazu kommen noch von al-Qaida geführte internationale Kämpfer: Araber, chinesische Muslime, Tschetschenen, Usbeken². Während in den Stammesgebieten die Trainingslager von Neo-Taliban und Al Qaida vermutet werden³, sind in den Madrassen Balochistans deren ideologischen Zentren zu finden. In Quetta ruft der Führer der Shaldara-Madrassa Maulana Noor Mohammed zum gewaltsamen Kampf gegen den Westen auf, rekrutiert Selbstmordattentäter und genießt als Abgeordneter des religiösen Parteienbündnis MMA politische Protektion und Immunität.

Seit Jahren wirft Afghanistan der Regierung in Islamabad unverblümt vor, nicht ausreichend gegen die Infiltrationen von Neo-Taliban und Al Qaida vorzugehen, was insbesondere General Präsident Musharraf bisher mit ebenso aggressiven Worten zurückgewiesen hatte. Dies gipfelte Mitte 2006 in einer live im Fernsehen ausgestrahlten Verunglimpfung des afghanischen Präsidenten Karzai durch Musharraf. Seitdem hat sich allerdings ein Parameter entscheidend verändert: Seit dem Ausgang der amerikanischen Kongresswahlen kann sich Musharraf der bislang bedingungslosen Unterstützung der US-Regierung nicht mehr sicher sein. In einem Interview⁴ räumte der pakistanische Präsident General Pervez Musharraf denn auch erstmals die Möglichkeit ein, dass von pakistanischem Territorium aus die Neo-Taliban in Afghanistan Unterstützung erhielten: „...auch durch untreue Kreise um ehemalige Geheimdienstangehörige, die gegen die Regierung Pakistans konspirieren“. Anfang März 2007 war der amerikanische Vize-Präsident Dick Cheney in Islamabad, um der pakistanischen Regierung fast ultimatim klar zu machen, dass die bisher gezeigte Halbherzigkeit im Vorgehen gegen Extremisten

² Anhänger des Islamic Movement of Uzbekistan (IMU), gegen die die usbekische Regierung in den 90er Jahren gewaltsam vorgegangen war und unter dem Schutz des paschtunischen Gastrechts in die Stammesgebiete Waziristans flüchteten

³ Dort hatten sich auch die insgesamt sechs Personen aufgehalten, die mit deutschen Pässen auf dem Rückweg nach Deutschland im Juni 2007 in Pakistan festgenommen wurden und zu ernsthaften Sorgen um die terroristische Bedrohungslage in Deutschland führten.

⁴ 13.05.07, kanadische Tageszeitung „The Globe and Mail“

ein Ende haben müsse und drohte, der von den Demokraten dominierte US-Kongress werde zugesagte Hilfen in Milliardenhöhe widerrufen, wenn Pakistan nicht endlich gegen die Taliban vorgehe. Nie zuvor hatten die USA, teils öffentlich, teils indirekt ihren strategischen Partner im „war on terror“ so explizit kritisiert und für das Wiedererstarken der Taliban verantwortlich gemacht. Musharraf ließ wie so oft nur verlauten, dass Pakistan bereits "das Maximum im Kampf gegen den Terrorismus" leiste. 80.000 Soldaten seien an der Grenze, die Armee habe bereits mehr als 700 Tote im Kampf gegen die Taliban zu beklagen. "Wir haben mehr als andere Staaten wegen Afghanistan gelitten", betont Islamabad immer wieder mit Stolz und einiger Gekränktheit.

Die pakistanische Zögerlichkeit im Anti-Terrorkampf

In dieser oft wiederholten Aussage liegt der Schlüssel für die seit 2001 in Islamabad gezeigte Zögerlichkeit beim Staatsaufbau des Nachbarn Afghanistan und die teilweise Doppelbödigkeit im Anti-Terror Kampf. Nach eigener Lesart habe Pakistan nämlich in der jüngsten Vergangenheit zwei Stellvertreterkriege für den Westen geführt und sei dafür nicht genügend gewürdigt worden. Zum einen in den 80er Jahren, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, wo nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan von Pakistan aus, mit pakistanischer Unterstützung und mit erheblichen Verlusten der Kampf gegen die Besatzer geführt worden sei. Der zweite Stellvertreterkrieg sei der derzeitige verlustreiche „war on terror“. In den gesamten 90er Jahren sei Pakistan von der westlichen Gemeinschaft vernachlässigt worden und erst seit Ende 2001 wieder politisch interessant im Kampf des Westens gegen den Terror von Taliban und Al Qaida.⁵

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen will sich Islamabad gegen ein Scheitern der USA und der von ihr gestützten Karzai-Administration absichern. Pakistan erwartet, dass die USA, um sich aus der Region zurückziehen zu können, doch auf die gemäßigten Taliban zugehen müssten. So könnte Pakistan seinen Einfluss in Afghanistan teilweise wiedergewinnen. Hintergrund dieser Absicht ist die reflexhafte Panik, die die zunehmend engere Kooperation der USA mit Indien in der pakistanischen Führung auslöst. Da Indien mittlerweile der größte asiatische Investor in Afghanistan ist und da viele führende Vertreter der Karzai-Administration eng mit Indien verbunden sind, wo sie zeitweilig im Exil waren, fürchtet Pakistan eine „Zweifronten-Situation“, in der es sich an seiner Ost- und Westgrenze potentiell „Pakistanfeindlichen“ Staaten gegenüber sieht. Die Eröffnung von drei indischen Konsulaten in Afghanistan, mit Jalalabad und Kandahar in Städten an der Ostgrenze zu Pakistan, nährt das Misstrauen und die Befürchtung, dass der indische Geheimdienst RAW von dort gegen Pakistan agieren würde. Einige politische Analysen

⁵ Musharraf bei einem Hearing des Council on Foreign Relations, New York am 25.09.06.: die offizielle pakistanische Interpretation der Weltpolitik der 80er und 90er Jahre erscheint in ihrer Verkürzung atemberaubend: Pakistan habe entscheidend zum Sieg gegen die sowjetischen Besatzer in Afghanistan beigetragen, damit zur Auflösung der Weltmacht Sowjetunion, zum Ende des Kalten Krieges und letztlich zur Wiedervereinigung Deutschlands.

gehen davon aus, dass sich die pakistanische Führung Kanäle für eine militärische Intervention niedriger Intensität in Afghanistan und Kaschmir offen hält. Darin sehe sie offenbar die einzige Möglichkeit, die USA und Indien auch künftig zu veranlassen, pakistanische Interessen zu berücksichtigen.

2. Pakistan

Erstmals seit Jahren ist die Dominanz des Präsidenten General Musharraf in der pakistanischen Innenpolitik nicht mehr ungeboren, gerade im ersten Halbjahr 2007 ist seine Politik nur noch reaktiv und auf Machterhalt gerichtet. Gleichzeitig ist der Atomstaat Pakistan, der seit seiner Gründung von einer Dauerkrise in die andere taumelt, zunehmend ein Staat „highly at risk“. Er ist ein äußerst fragiler Staat geworden, in dem die Gefahren eines Staatszerfalls greifbar sind. Die Islamische Republik Pakistan, die 2007 den 60. Jahrestag ihrer Gründung feiert, nimmt laut jüngster Untersuchungen Platz 16 von 177 auf dem Index gescheiterter Staaten ein.⁶

Die innere Verfasstheit: Vision und Wirklichkeit

Diese Situation fragiler Staatlichkeit, die in der pakistanischen Presse kaum reflektiert wurde, kontrastiert die gerade von der Regierung immer wieder vorgetragene Vision eines prosperierenden Staates mit der weltweit zweithöchsten Rate an Wirtschaftswachstum. Zum Nationalfeiertag am 23.03.07 malte Präsident General Pervez Musharraf wieder ein rosiges innenpolitisches Bild. Er persönlich werde Pakistan zu »einer uneinnehmbaren Festung der Demokratie, des Friedens und des Fortschritts« machen. Die Wirklichkeit sieht anders aus.

Die Meldungen vor allem des ersten Halbjahrs werfen nämlich ein Schlaglicht auf die tatsächliche innere Verfasstheit Pakistans: Dutzende Bombenanschläge und Selbstmordattentate mit hundert Toten in der Nordwestgrenzprovinz, Stammeskriege unter den Augen der Armee in den „Tribal Areas“, offene Übernahme einiger Distrikte durch Talibanmilizen, hunderte politisch motivierte Entführungsfälle in der Provinz Balochistan, eine Zunahme der dortigen militanten separatistischen Bewegungen, landesweite gewaltsame Demonstrationen, Ermordung von weiblichen Politikern und zunehmende Islamisierung im Straßenbild der Städte Peshawar und der Hauptstadt Islamabad, verbunden mit einer offenen Einschüchterungsstrategie Frauen gegenüber. Außerdem noch Straßenschlachten in der Wirtschaftsmetropole Karachi mit Dutzenden Toten durch Heckenschützen und die blutig beendete Belagerung einer besetzten Moschee in Islamabad (s.u.). Insgesamt produzierten die vergangenen Monate verstörende Bilder, die man bisher nur aus Gaza oder Basra im Irak kannte. Dies geht einher mit der schwindenden Macht der Zentralgewalt und zunehmender Repression. Präsident Pervez Musharraf muss zum ersten Mal seit 1999 ernsthaft mit seinem Sturz rechnen, lässt daher zunehmend wieder seine

militärische Autorität spielen und hat Anfang Juli den Sturm auf die tagelang in Islamabad belagerte Moschee auch aus innenpolitisch machterhaltenden Gründen angeordnet, er fürchtete den Rückhalt im Armeekorps zu verlieren. Es gab den ganzen Juni 2007 über ernstzunehmende Spekulationen in Islamabad, dass eine Ablösung durch einen anderen General möglich wäre. Mögliche Nachfolger wurden auch schon gehandelt: der stellvertretende Armeechef, Ahsan Saleem Hyat, würde die Militärführung übernehmen, derweil Mohammad Mian Soomro, ein ehemaliger Bankier, der dem Senat vorsitzt, zum Präsidenten aufsteigen würde. Mit dem Schlag gegen die „Rote Moschee“ hat sich General Präsident Musharraf im Armeekorps allerdings vorerst wieder abgesichert.

Das Militär in Pakistan

Der Grund dafür, dass auch in Krisenzeiten alle politischen Alternativen nur in militärischen Kategorien gedacht werden, liegt in der Natur des pakistanischen Militärs und seinem Jahrzehnte alten politischen Einfluss. In der Vergangenheit haben Bündnisse zwischen zivilen Regierungen und dem Militär nur den Zweck gehabt, dessen Dominanz und politische Kontrolle zu festigen. Auch heute ist das Militär der politische Hauptdarsteller, fortlaufend auf der Suche nach Allianzen mit Politikern und auch der Zivilgesellschaft, um seine höheren politischen und wirtschaftlichen Ziele zu erreichen. Tatsache ist, dass nach 60 Jahren Unabhängigkeit die Islamische Republik Pakistan eine Integration der Interessen der Eliten erlebt, einschließlich der Interessen der rangältesten militärischen Klasse und ihrer Rahmenorganisationen. Hier entwickelt sich eine Fusion der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Mächte – eine Entwicklung, die für bessere Regierungsführung und die Stärkung der Demokratie im Land schädlich ist.

Vetternwirtschaft

Wirtschaft und Politik festigen sich dabei gegenseitig. Das Ergebnis ist die Entstehung einer speziellen pakistanischen Führungselite, bestehend aus einem komplexen Netzwerk von ranghohen Militärs, wichtigen Industriellen, Geschäftsmännern, Feudalherren, der zivilen Bürokratie und seit kurzem auch Mediengurus. Einige der Mitglieder dieser elitären Koalition fühlen sich nicht allzu wohl mit der übergreifenden Kontrolle des Militärs, aber als Ganzes ist daraus eine solide Unterfütterung von Pakistans autoritärer Regierungsform entstanden. Dieses System ist ein enormes Hindernis auf dem Weg zur Demokratie in Pakistan. Anfang Juni 2007 sorgte ein Buch in Pakistan für Aufsehen, in dem minutiös die Verflechtungen des Militärapparats aufgezeigt wurden, dessen wirtschaftliche Macht, die Ausbeutung von Ressourcen und damit der Basis für die Konsolidierung der militärischen politischen Macht.⁷

Die Ambitionen des Militärs sind demnach nicht per se „tyrannisch“ zu nennen, allerdings haben sie ihre Wurzeln in den mate-

⁶ *Fund for peace and the Foreign Policy Journal*
[/www.fundforpeace.org/web/index](http://www.fundforpeace.org/web/index).

⁷ Vgl. Ayesha Siddiqi, *Military Inc., Inside Pakistan Military Economy*, Oxford University Press, 2007

riellen und institutionellen Interessen dieser Organisation. Deren Schutz ist notwendig, um den Lebensstil der Offiziere aufrecht zu erhalten, besonders den der aktiven oder pensionierten Generale, welche die Vorteile eines Finanzimperiums im Wert von mehreren Milliarden Dollar zu schätzen wissen. Diese gewaltige Maschinerie umfasst vier militärische Wohlfahrtsorganisationen (geschätzter Anlagewert ca. 2 Milliarden Dollar) und hunderte von großen und mittelständischen Betrieben, die mehr oder weniger direkt vom Militär geleitet werden. Zum Beispiel ist ein großes Frachttransportunternehmen eine Gründung des Militärs. Andere Militäreinheiten leiten den Transportsektor, von Tankstellen in Lahore bis zur Autobahnmaut auf der National Highway. Das Gesamtvermögen wird auf über 100 Milliarden Dollar geschätzt.⁸

Diese weitläufigen finanziellen Interessen garantieren den Streitkräften einerseits organisatorische Autonomie und andererseits eine regelmäßige Einkommensquelle im öffentlichen und privaten Sektor, um das Offizierskorps weiter zu bereichern. Die Macht des Militärs geht jedoch noch darüber hinaus: sie besteht zum Beispiel in der straffreien Akquisition von staatseigenem Land. Es ist nicht unüblich, dass die Regierung Landlose von staatlichem Grund vertreibt, welches diese in ihrer Verzweiflung besetzt hatten und das Eigentum dann Armeeingehörigen übereignet. So ist es dem Militär gelungen ungefähr 11,58 Millionen Hektar staatseigenes Land (12 % der Gesamtfläche) unter seine Kontrolle zu bringen. Vieles davon wird dann an Armeeingehörige für deren private Zwecke verteilt, als Gegenleistung zahlen sie mit ihrer Loyalität. Der Hauptnutznießler besonders bei der städtischen Landverteilung ist wiederum der Offizierskader. Auch in den ländlichen Gegenden erhalten die rangältesten Offiziere zusätzlich Subventionen wie zum Beispiel Privatstrassen, kostenlosen Zugang zur Wasserversorgung und die Erlaubnis, im Staatssold stehende Soldaten als private Angestellte zu beschäftigen. Die Ähnlichkeit zur Stellung örtlicher Feudalherren ist nicht zufällig: die Wirtschaft des Militärs in Pakistan weist in der Tat eine vorkapitalistische und ausbeuterische Struktur auf.

Veränderte politische Arena

Die zunehmende Fragilität Pakistans wird im Westen mit Sorge beobachtet, denn eine Implosion dieses prekären Staatswesens oder gar eine Machtübernahme durch Islamisten hätte dramatischere Folgen als die Kriege in Afghanistan und im Irak. Diese Einschätzung äußerte kürzlich auch der bisherige Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte, General John Abizaid.⁹ Pakistan hat mit 160 Millionen nicht nur eine viel größere Bevölkerung als Afghanistan und Irak zusammen, es hat auch erheblich bessere Forschungskapazitäten und Fachkräfte, die ihm die Entwicklung und Produktion von Waffensystemen ermöglichen. Die pakistanische Armee ist kampferprobt, hochprofessionell ausge-

bildet und im Besitz von nuklearen Massenvernichtungswaffen. All dies deutet darauf hin, dass aus der Sicht extremistischer Islamisten Pakistan ein erheblich wertvolleres „Übernahmeziel“ sein muss als jedes andere Land mit einer mehrheitlich muslimischen Bevölkerung. Ein Abgleiten Pakistans in einen Gottesstaat, ein von Islamisten offen propagiertes Ziel, wäre somit ein Albtraum nicht nur für den Westen.

Talibanisierung

Mittlerweile ist diese Gefahr im heutigen Pakistan mit seiner ausschließlich islamisch fundierten Staatsräson tatsächlich virulent, eine tiefgehende Islamisierung der Gesellschaft immer greifbarer. Konsterniert und ratlos verfolgt beispielsweise die politische Klasse und die moderate Mehrheit der Bevölkerung in der Hauptstadt Islamabad, wie der Fanatismus zunimmt: In den dortigen Moscheen und Koranschulen (Madrassen) wird der Dschihad gepredigt, zur Einhaltung von Recht und Ordnung unter den Prinzipien des Islam aufgerufen und der Kampf gegen den versagenden Staat als Pflicht bezeichnet. Dies ist seit der alleinigen Machtübernahme 2002 durch das religiöse Parteienbündnis MMA (Muttahida Majlis-e Amal = Vereinigte Aktionsfront von neun islamischen Parteien) in der Nordwestgrenzprovinz NWFP schon alltägliche Praxis.

Aber die Islamisten haben tatsächlich ganz Pakistan zum Ziel. Ambitionierte Politiker der MMA wie der Vorsitzende der Jamaat-i Islami, Qazi Husain, sind überzeugt, dass die MMA zu einer politischen Kraft des Mainstream werden kann, und – ähnlich der rechten hindunationalistischen BJP in Indien – eines Tages auch allein die Regierung stellen könnte. Kleriker der Lal Masjid Madrassa in Islamabad setzen der Regierung zeitliche Ultimaten bis zur geforderten Einführung der Sharia, entsenden zwischenzeitlich eigene Tugendbrigaden zur Kontrolle der Straßenmärkte und Läden auf Obszönitäten und verbrennen öffentlich Bücher und DVDs. Sie nehmen völlig folgenlos Polizisten als Geiseln, um sie gegen eigene festgenommene militante Madrassastudenten auszutauschen. In einem Anfall von Resignation und/oder Realismus gab Präsident General Musharraf zu, dass damit Nischen von Staats- und Rechtslosigkeit in der Hauptstadt entstanden seien. Er erklärte aber gleichzeitig, dass die Staatsgewalt nicht dagegen vorgehen könne, da diese militante Madrassa mit dem Einsatz von Selbstmordkommandos drohe.¹⁰ Wenn man weiss, dass die Selbstmordattentäter von London¹¹ Verbindungen zu genau dieser Madrassa hatten, ist diese Kapitulation der Regierung vor den Islamisten nicht nur für Pakistan von verheerender Folgewirkung. Die Entwicklung um die im Juni 2007 in Pakistan unter Terrorverdacht festgenommen deutschen Staatsbürger ist dafür ein Beleg.

Die Rote Moschee in Islamabad

⁸ Ehsan Masood, "Pakistan: the army as the state", 12 April 2007.

⁹ Daily Times Lahore, 16.05.07

¹⁰ DAWN, 24.05.07

¹¹ Gemeint sind die Selbstmordanschläge vom 07.07.2005 auf U-Bahnen und Busse in London mit mehreren Dutzend Toten

Seit Ende 2006 hatten sich die Ereignisse um die Lal Masjid, die „Rote Moschee“ in Islamabad zugespitzt. Die Rote Moschee wirkte zunehmend wie eine radikale Insel der Rechtlosigkeit, um die dann Anfang Juli Krieg geführt wurde. Dies mitten im Regierungsviertel der pakistanischen Hauptstadt, neben einem Ministerium, nur einen Steinwurf entfernt vom Präsidentenpalast und der Geheimdienstzentrale. Die Rote Moschee wurde als ein Stützpunkt der nicht nur in Afghanistan, sondern mittlerweile auch in Pakistan aktiven Taliban empfunden, als ein Brückenkopf von Korankriegern im Herzen der Hauptstadt einer Atommacht. Zur Moschee gehörten zwei Koranschulen, eine Madrassa für Mädchen, eine für Jungen und hatte nach eigenen Angaben mehr als 10 000 Schüler, die hier islamischen Unterricht bekamen, für einen Gottesstaat in Pakistan warben und im Geiste des Dschihad, des Heiligen Kriegs, erzogen wurden. Moschee und Madrassen wurden vom dem radikalen Bruderpaar Abdul Aziz und Abdul Rashid Ghazi geleitet, die den religiösen Titel eines Maulana tragen. Diese beiden Kleriker forderten den Staat seit Jahresbeginn mit immer massiveren Provokationen heraus. Erst ließen sie die Mädchen ihrer Schule eine staatliche Bibliothek besetzen, die an das Moscheegelände angrenzt. Dann schickten sie die Schülerinnen zum Randalieren auf die Märkte, wo sie Geschäfte verwüsteten, die DVDs und Musik-CDs verkauften. Schließlich nahmen sie in einem Bordell und einem chinesischen Massagesalon Geiseln, auch einige Polizisten wurden zwischenzeitlich auf das Moschee-Gelände verschleppt. Der pakistanische Staat ließ die radikalen Islamisten lange gewähren - und wurde dafür von deren Anführern verhöhnt. Ultimativ forderten die Kleriker von der Regierung die Einführung der Scharia, des islamischen Rechts, die Ausrufung eines islamistischen Staats und verhängten zum Beispiel ein Fatwa gegen die Tourismusministerin Nilofar Bakhtiar. Dies nur, weil die Ministerin als Teil einer etwas misslungenen Werbekampagnen für Pakistan einen Tandem-Fallschirmabsprung gewagt hatte, und vor Erleichterung danach ihren Fluglehrer umarmt hatte. Die Ministerin trat aus Angst um ihr Leben zurück. In den ersten Monaten 2007 drohten die Ghazi-Brüder dem Staat im Falle eines Angriffs mit Selbstmordanschlägen. Mit der Angst vor solchen Anschlägen begründete - wie oben beschrieben - Musharraf die Untätigkeit der Sicherheitskräfte gegenüber dieser radikalen Herausforderung. In Pakistan allerdings herrscht die Überzeugung, dass das ganze Spektakel auch eine Manipulation des Geheimdienstes gewesen sei. Denn für die Zögerlichkeit gibt es auch noch andere Gründe: Traditionell bestanden zwischen der Roten Moschee und dem Geheimdienst ISI enge Verbindungen. Insgesamt ist die Vorgeschichte der Geschehnisse um die Rote Moschee typisch für das verworrene Spiel, das in Pakistan zwischen dem Staat und den Islamisten gespielt wird. Als enger Verbündeter der USA im Anti-Terror-Krieg bekämpft die Regierung angeblich die Radikalen. Auf der anderen Seite lässt sie den vermeintlichen Feind aber auch Spielraum. Das dahinter stehende Kalkül entspricht folgendem Denkmuster: Solange es in Pakistan eine islamistische Bedrohung gibt, kann sich Putsch-General Musharraf den USA als Retter andienen und dafür Milliarden Dollar an Finanzhilfe erwarten. Doch die Islamisten lassen sich immer weniger kontrollieren, es ist ei-

ne „Frankenstein-Situation“ entstanden, so der pakistanische Analyst Ahmed Rashid. „Armee und Geheimdienst haben eine Kreatur geschaffen, die sie nicht mehr im Griff haben“. Erst die Verschleppung von chinesischen Staatsbürgern und die anschließende harsche Reaktion der chinesischen Führung bewog die Regierung in Islamabad zu einer Reaktion. Anfang Juli 2007 zogen verstärkt Sicherheitskräfte um die Rote Moschee auf, deren Studenten sich provoziert fühlten. In der Folge kam es am 03./04. Juli zu tödlichen Straßenkämpfen und einem Verschanzen von 1.500 Bewaffneten in der Moschee. Die Regierung stellte verschiedene Ultimaten zur Aufgabe. Präsident Musharraf versprach überdies jedem, der die Moschee verlässt, 5000 Rupien (60 Euro). Mehr als 750 Anhänger ergaben sich daraufhin. Am 10. Juli wurde die Belagerung beendet, mit einer vom Militär unterstützten Erstürmung der Moschee und der angrenzenden Madrassa, in deren Verlauf weitere 70 Personen um Leben kamen.

Der Machtkampf zwischen der Regierung und den Islamisten in Pakistan ist allerdings damit noch nicht entschieden. Im Gegenteil, dutzende Koranschulen haben sich solidarisch mit der militanten Politik der „Roten Moschee“ erklärt, darunter vor allem die als „Mutter aller Madrassen“ bezeichnete „Jamia Banuria“ in Karachi.¹² Schon seit 2002 propagieren hunderte von Koranschulen einen Gottesstaat und haben dafür politische Unterstützung im Parlament durch die MMA.. Weil Präsident Musharraf und das Militär sie gewähren ließen sprach man in politischen Kommentaren von einer „Military-Mullah-Alliance“, weil Musharraf die MMA zu seiner Präsidentenwahl brauchte und insgesamt zum Machterhalt mit seiner Partei PML-Q auf Provinzebene.

Die Gefahr der islamistischen Parteien in Pakistan

Ein Verständnis des auch in 2006/2007 ungebrochenen Einflusses der religiösen Parteien auf die Gesellschaftspolitik Pakistan erhellt sich nur aus seiner jüngsten Geschichte. Nach der Staatsgründung Pakistans 1947 gingen aus Reform- und Erneuerungsbewegungen politische Parteien hervor, die seitdem im Einzelnen oder durch ihren Zusammenschluss in der Vereinigten Aktionsfront (Muttahida Majlis-e Amal) das politische Leben Pakistans mitbestimmen. Obwohl Hauptaktivisten der Kalifatbewegung wie die Brüder Maulana Mohammad Ali Jauhar und Maulana Shaukat Ali in die säkulare Muslimliga wechselten und so zu den Gründungsvätern Pakistans gehörten, wurde der Gedanke der Kalifatbewegung – nur eine Theokratie und die unmittelbare Geltung islamischen Rechts würde den neuen Staat von der britischen Kolonialmacht unterscheiden – in den religiösen Parteien weiter verbreitet. Religiöse Parteien entwickelten sich so zum Gegengewicht der säkularen Pakistanischen Muslimliga und der Pakistanischen Volkspartei, da sie eine Auflösung des Antagonismus zwischen der Idee einer Islamischen Republik und der fehlenden unmittelbaren Geltung des islamischen Rechts (Scharia) versprochen. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang vor allem Sayyid Abul Ala Maududi (1903-1979), Gründer der Ja-

¹² *Daily Times, Lahore, 06.07.07*

maat-e-Islami (Partei Uch Sharif - Sayed Muhammad Ghaus Jilani Jallabi des Islam), Pakistans größter religiöser Partei, der sich gegen eine Demokratie und für einen Gottesstaat aussprach. Maududi gehörte zur gleichen Schule wie der Gründer der einflussreichsten islamistischen Jamiat Ulema-e-Islami (Partei der islamischen Geistlichen), Maulana Mufti Mahmud (1919-1980), dessen Sohn und heutiger Parteiführer Maulana Fazl-ur Rahman öffentlich hervorhebt: „Das Problem in Pakistan ist, dass wir nicht durch die Scharia regiert werden.“¹³

Beide Parteien waren immer wieder Mehrheitsbeschaffer für demokratisch legitimierte Regierungen, aber vor allem auch für Militärrégime in Pakistan. Deshalb stehen sie unter ständiger Kritik einer weiteren Partei in der Vereinigten Aktionsfront, der Jamiat-e-Ahl-e Hadith. Diese lässt wegen der Zustimmung der Vereinigten Aktionsfront zur Verfassungsänderung von 2003, die General Musharraf das Präsidialamt sichert, ihre Mitgliedschaft ruhen. Alle drei Parteien unterhalten paramilitärische Gruppierungen und terroristische Netzwerke, die als Mujaheddin in Afghanistan oder im indischen Teil Kaschmirs kämpfen, mit den Taliban kooperieren oder zum Netzwerk Al-Qaida's gezählt werden. Dem „Großen Dschihad“ verpflichtet fühlt sich auch das liberalste Mitglied der Vereinigten Aktionsfront, die Jamiat Ulema-e-Pakistani (Partei der Geistlichen Pakistans). Diese wurde durch Maulana Shah Ahmed Nurani Siddiqi, einem Vertreter der Ahl-e Sunnat Bewegung Barelwis gegründet und gilt so als Partei der Barelwi-Sekte. Für diese Partei steht weniger die politische Teilhabe, sondern vielmehr die religiöse Fürsorge im Vordergrund. Obwohl ihr das größte Mobilisierungspotenzial zugeschrieben wird, nutzt sie dieses weniger für politischen Aktivismus, sondern für apolitische, religiöse Feste.

In den 80er Jahren hatten vor allem Terrorgruppen der Deobandi-Sekte in Afghanistan und im indischen Teil Kaschmirs gekämpft, danach breitete sich in den 90er Jahren der bewaffnete Kampf nach Pakistan aus. Ein Zusammenhang lässt sich hier vor allem zur saudiarabischen und US-amerikanischen Finanzierung von Ahl-e Hadith Gruppierungen wie Lashkar-e-Taiba (Armee der Reinen) und deren Dachorganisation Jama'at ud-Da'awa (Partei der Erwählten) oder Deobandi-Gruppierungen wie Sipah-a-Sohaba (Armee der Gefolgsleute des Propheten), dessen Abspaltung Lashkar-e-Jhangvi, Harkat-ul-Mujahideen (Bewegung der Heiligen Krieger) und der Jaish-e-Mohammad (Armee des Propheten) erkennen. Gedacht als Hilfe für deren heiligen Krieg gegen die Ungläubigen (kafir) in Afghanistan, richtete ein Teil der Gruppen, unterstützt durch den pakistanischen Geheimdienst ISI, ihr Augenmerk später auch auf den indischen Teil Kaschmirs, und ein anderer Teil auf Andersdenkende in Pakistan. Anschläge auf Schiiten und Drangsalierungen der ismailitischen und Ahmadi-Minderheiten wurden zur traurigen Gewohnheit. Mit der Machtergreifung durch General Musharraf im Jahr 1999 dehnte sich die Gewalt auf die Barelwi-Sekte und ihre politischen

Vertreter aus. Diese Gewalt lässt sich auf verschiedene Entwicklungen zurückführen. Zum einen waren und sind es überwiegend Deobandi- und Ahl-e-Hadith Gruppierungen, die am bewaffneten Kampf in Afghanistan teilnehmen. Für sie wurde der Bau von Ausbildungslagern und Madrassen (Koranschulen) finanziert.

Die Madrassen und ihre Ideologien

Im Gründungsjahr Pakistans gab es 247 Koranschulen, 1988, kurz vor dem Abzug der Roten Armee in Afghanistan, waren es bereits 2.861. Und bis zum Jahr 2000 soll sich ihre Zahl mit genau 6.761 mehr als verdoppelt haben. Die nach den Londoner Terroranschlägen am 7. Juli 2005 in Pakistan begonnene amtliche Registrierung der Koranschulen hat insgesamt 11.221 Madrassen ermittelt. Allein in Islamabad wurden in den letzten fünf Jahren 17 Koranschulen neu gegründet. Die meisten davon wurden illegal errichtet, auf besetztem Grund, was letztlich zur Konfrontation mit den Behörden und der Staatsmacht in Pakistan geführt hat. Das Staatsversagen im Bildungssektor ist ein Grund für den wachsenden Zulauf der Madrassen. Der pakistanische Haushalt weist seit Jahren nur zwischen 3-5% für Grundbildung aus, der Besuch von Schulen ist zudem vergleichsweise teuer. Das Angebot der Koranschulen, die Verpflegung und ganztägige Betreuung anbieten, ist deshalb vor allem im ländlichen Raum attraktiv.

Mehr als zwei Drittel der Neugründungen werden von der Ahl-e Hadith-Organisation Wifaq ul Madris Arabiya betreut und können so dem eigentlich für Pakistan fremden Wahabismus zugeordnet werden. Diese auf dem Subkontinent beheimatete puritanische Form der Deobandi-Tradition hat die Anzahl der Seminare der Barelwi-Sekte überholt. Das konservative Gedankengut beider Formen bietet einfache Antworten auf die komplizierten Fragen des Lebens und bildet sich in den Lehrplänen der Madrassen ab. Nicht die eigene Lebensführung steht im Mittelpunkt des Verhältnisses zu Gott sondern die Lebensgestaltung nach der wörtlichen Auslegung des Korans. Wer dieser entgegensteht, ist kafir (ungläubig) und damit rechtlos. In beiden Sekten wird dem Märtyrer eine herausragende Rolle eingeräumt, was sich leider auch in der gestiegenen Anzahl von Selbstmordanschlägen in Pakistan widerspiegelt.

Menschenrechte

Einen Erfolg hat die Pakistanische Frauenbewegung im letzten Jahr zu verzeichnen. Gemeint ist das neue Gesetz zum Schutz vor Gewalt, das wegen des massiven Widerstands islamischer Parteien mehrfach geändert werden mußte. Im November 2006 wurde es schließlich abgesehen und im Dezember von Staatspräsident Pervez Musharraf gegengezeichnet. Vergewaltigungen, die bislang vor Scharia-Gerichten verhandelt wurden, fallen nun in den Bereich der Zivilgerichtsbarkeit. Das neue Gesetz entbindet Frauen von der bisher geltenden Verpflichtung, mindestens vier Zeugen zu benennen. Auch in dem Fall, wenn Opfer die Vergewaltigung nicht beweisen können, müssen sie nicht mehr befürchten, wegen Ehebruchs vor Gericht zu kommen. Die pakistanische Frauenbewegung kämpft seit fast 30 Jahren für die

¹³ Vgl. im folgenden Nils Rosemann, *Südasiens Aktuell*, II 2007

Abschaffung feudaler Bräuche und Normen, die Vergewaltigung, Zwangsverheiratung und Ermordung von Frauen zur Wiederherstellung der Familienehre erlauben.

Machtkampf um den suspendierten Obersten Richter

Neben dem Machtkampf des herrschenden Musharraf-Regimes mit den Islamisten beherrschten im ersten Halbjahr 2007 die landesweiten Demonstrationen um den abgesetzten Obersten Richter Pakistans das politische Geschehen. Auch hier muss eine Erklärung ihren Ausgangspunkt in der militärischen Dominanz der Politik Pakistan finden. Auf diese tiefgreifende Militarisierung der Gesellschaft reagierte die intellektuelle Mittelschicht in Pakistan bisher mit Lethargie oder Fatalismus. In diesem Jahr scheint sich durch die landesweiten Streiks bzw. Kundgebungen zur Unabhängigkeit der Justiz eine demokratische Option auch für die bürgerlichen Eliten zu öffnen. Denn seit dem 09.03.07 ist wieder Bewegung in die politisch erstarrte Landschaft Pakistans gekommen, die über die Jahre der Militärherrschaft von der Marginalisierung der traditionellen „Protestakteure“ wie Gewerkschaften, Universitäten, aber auch Handelskammern oder Verbände geprägt war. Die neue Protestbewegung speist sich interessanterweise aus der gehobenen Mittelschicht, insbesondere aus Anwälten, Justizangestellten und Richtern, die in ihren Funktionen gemeinhin eher als staatstragend verstanden werden. Diese neue Protestbewegung hat ihren Ursprung in Demonstrationen für die Unabhängigkeit der Justiz. Zunächst beschränkte sich die Bewegung daher nur auf die 70.000 pakistanischen Anwälte und Richter, gewann aber an Popularität und offener Zustimmung. Dabei ging es bei dieser Bewegung zunächst - eher untypisch für Pakistan - weder um Geld noch um Religion, sondern um Prinzipien, Respekt und Würde.

Am 09.03.07 suspendierte Präsident General Musharraf in voller Uniform im Gebäude des Generalstabs vor laufenden Kameras des Staatsfernsehens den Vorsitzenden Richter des Obersten Gerichtshofs und den nach der Verfassung dritthöchsten Repräsentanten Pakistans, Iftikhar Chaudhry. Die Vorwürfe gegen ihn lauteten auf "korrupten Amtsmissbrauch". Sowohl politischen Beobachtern als auch der Bevölkerung am Fernsehschirm war allerdings klar, dass Chaudhry mit seinen jüngsten Urteilen bei der Regierung in Islamabad Missfallen ausgelöst hatte, im Volk allerdings Respekt und Anerkennung. Dazu gehörten seine Entscheidungen zur korruptionsverdächtigen Privatisierung eines Stahlwerks, die Forderung, dass "verschwundenen" politischen Aktivisten eine Verhandlung vor Gericht zustehe, dass Vergewaltigungsoffer ernst genommen werden sollten und Bürger ihre Stromrechnung auch ohne teure Einrichtung eines Bankkontos bezahlen können müssten.

Den eigentlichen Grund für die willkürliche Absetzung sahen jedoch viele Beobachter und politische Kommentatoren in den 2007 anstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen: Würde der oberste Richter Iftikhar Chaudhry womöglich die nicht-verfassungsgemäße Ämterhäufung von Musharraf als Armeechef und Staatspräsident aktiv beanstanden und somit Musharrafs er-

klärtes Ziel untergraben, weiterhin in Uniform für 5 Jahre als Präsident zu fungieren? Die Bilder des Richters Chaudhry, der sich weigerte der „Vorladung“ des Präsidenten nachzukommen, dann aber samt seiner Frau von Sicherheitskräften mit Gewalt in ein Fahrzeug gezerzt wurde und zum Präsidenten ins Armeehauptquartier gebracht wurde, lösten in Pakistan helle Empörung aus. Musharraf hatte wieder die dunkle Seite des Diktators gezeigt, die abzulegen er sich über die letzten Jahre hinweg bemüht hatte.

Die zivile parteipolitische Klasse Pakistans

Die Popularität des Richters Chaudhry erklärt sich vor allem durch den dramatischen Ansehenverlust ziviler Parteipolitiker, deren prominenteste Führungsfiguren, Benazir Bhutto und ihr alter Rivale Nawaz Sharif des Landes verwiesen sind, aber nach wie vor die Geschicke ihrer Parteien aus dem Londoner Exil bestimmen. Dort sitzt seit 1984 auch der Führer der MQM Partei, die in Karachi die Regierung stellt und in der Provinz Sindh Koalitionspartner der Musharraf-Partei PML-Q ist. Diese MQM ist verantwortlich für die über 50 Toten der Straßenschlachten von Karachi am 12.05.07, die Hintergründe dafür sind bekannt:

Der abgesetzte Richter Chaudhry hatte den ganzen März und April über auf Einladung von Anwaltsvereinigungen Reisen in die Provinzen unternommen, dabei aber peinlich genau darauf geachtet, das mittlerweile gegen ihn angestrengte gerichtliche Verfahren zur Überprüfung der Suspendierung nicht zu politisieren. Dies tat er auch nicht, als er nach einer Triumphfahrt vor Hunderttausenden am 06.05. in Lahore sprach. Wie zuvor in Peshawar und Islamabad hatte dabei die Menge vieltausendfach „Go, Musharraf, go“ skandiert. Diese Töne waren fremd in Pakistan und für die Militärs verstörend, zumal sie live im Fernsehen übertragen wurden. Nach diesen friedlichen Massendemonstrationen wurde Richter Chaudhry zu einem Besuch in der größten Stadt des Landes, in der 14 Millionen Metropole Karachi erwartet. Die politische Macht liegt hier bei der oben erwähnten MQM, einer halbnationalistischen Bewegung, die sich während der ersten Diktaturen Pakistans entwickelte und für ihre Gewaltbereitschaft bekannt ist. Gegründet wurde sie ursprünglich von muslimischen Flüchtlingen, die während der Teilung 1947 nach Pakistan geflohen waren und sich vom Staat vernachlässigt fühlten. Musharraf stammt selbst aus einer Flüchtlingsfamilie. Daher stand ihm die MQM seit seiner Machtübernahme nahe und wurde von ihm gehätschelt.

Vermutlich nach Absprachen mit den Militärs in Islamabad entschlossen sich die MQM-Führer in der Stadtverwaltung dann, Richter Chaudhrys Redeauftritt in Karachi zu untersagen und einen weiteren Anti-Musharraf Triumphzug zu verhindern. Über Nacht wurden Einfallsstraßen aufgerissen und mit Containern blockiert; ein Feiertag wurde angesetzt. Dann aber marodierten den ganzen Tag über MQM-Anhänger mit Waffen durch die Stadt, am Ende waren fast 50 Tote zu beklagen. Ein Fernsehsender, der Bilder von dem Morden ausstrahlte, wurde von bewaffneten Freiwilligen der MQM angegriffen. Dies provozierte Gene-

ralstreiks, die das Land lahm legten und das Regime um Musharraf weiter isolierten.

Diese Bewegung, die in ihren Anfängen das Potential einer neuen sozialen Bürgerbewegung hatte, ist etwas abgeflaut. Das Verfahren vor dem Supreme Court zur Überprüfung seiner Absetzung schleppt sich seit Wochen hin, die Regierung um Musharraf kann auf Zeit spielen und macht „business as usual“. Unterdessen tourt Richter Chaudry weiter durchs Land, spricht vor Anwaltsvereinigungen und wagt zunehmend politischere Statements. So prognostizierte er beispielsweise das „natürliche Ende eines jeden Diktators“. Dabei läuft er allerdings bereits jetzt Gefahr, parteipolitisch instrumentalisiert zu werden: Als der Respekt für die Bewegung wuchs, sprangen Karrieristen der Opposition auf den Zug auf und machten sich die Sache zu Eigen. Oppositionspolitiker jedweder Couleur, von der PPP bis hin zu den religiösen Parteien beteiligten sich daran. Chaudry war schlecht beraten, als er sich nicht gegen die Flaggen der Parteien bei seinen Versammlungen wehrte. In weiten Teilen der säkularen Zivilgesellschaft machte sich die Bewegung zudem unglaublich, als sie am 22.06.07 in Lahore am Rande einer weiteren Solidaritätskundgebung auf Betreiben der Jamiat-i-Islami eine Resolution gegen die Berufung von Salman Rushdie in den Adelsstand verabschiedete.

Pakistans Oberstes Gericht hat Ende Juni das Beweismaterial abgelehnt, mit dem seine Anwälte die umstrittene Entlassung des Obersten Richters, Iftikhar Mohammed Chaudhry, rechtfertigen wollten. Der Vorsitzende Richter bezeichnete das Material als "absolut skandalös" und ordnete zudem an, das Gerichtsgebäude sowie die Residenzen sämtlicher Richter nach Abhörvorrichtungen und Überwachungskameras zu durchsuchen. Der Beweisnotstand des pakistanischen Staats- und Militärschefs Musharraf ist damit akut, seine Glaubwürdigkeit weiter zutiefst angeschlagen. Die Absetzung des Richters könnte den Anfang vom Ende des Regimes markieren.

Bündnis Bhutto - Musharraf

Deshalb bastelt Pervez Musharraf an seinem eigenen politischen Überleben und sucht nach Verbündeten jenseits der Muttahida Qaumi Movement (MQM), die durch die blutigen Ereignisse in Karachi endgültig diskreditiert sind. Es gibt mehr als Gerüchte über einen Deal zwischen Musharraf und der ehemaligen Ministerpräsidentin und der Oppositionsführerin im Exil, Benazir Bhutto. Diese wurden vor allem Anfang Juli 2007 genährt, als es in London ein Treffen aller pakistanischen Parteien gab, dessen erklärtes Hauptziel die Ablösung von Musharraf mit allen legitimen Mitteln war. Ausgerechnet Benazir Bhutto, die seit Jahren in London lebt, fehlte bei diesem Treffen.

Bhutto erwägt offensichtlich die Möglichkeit eines Arrangements zwischen der Pakistan People's Party (PPP) und dem Präsidenten im Vorfeld der Parlamentswahlen, die für Anfang 2008 vorgesehen sind. Falls es zu solch einem Abkommen kommen sollte, dann kann Bhutto erwarten, dass sie zum dritten Mal zur Ministerpräsidentin ernannt wird, dieses Mal mit Musharraf als Präsident an ihrer Seite. Beide Seiten könnten davon profitieren:

Bhutto könnte ihre Machtstellung festigen und die zahlreichen Korruptionsverfahren, die noch gegen sie anstehen, erledigen, während es Musharraf ermöglichen würde eine Art Pufferzone zu errichten. Die PPP wäre nach internen Analysen auch ein angemessener Partner in dem Versuch, der Welt das liberale Gesicht Pakistans zur Schau zu stellen. Falls der Musharraf-Bhutto Deal festgemacht wird – und in der jetzigen fragilen Lage ist nichts unmöglich – wäre es ein Wechsel von der Militär-Mullah Allianz zur Militär-Liberalen Allianz, so wie es auch in den 60er Jahren der Fall war. Eine Art „Vernunftfehe“ gegen den religiösen Extremismus und kulturellen Konservatismus ist für viele attraktiv und Ausweg aus der Dauerkrise. Diese Partnerschaft wird langfristig aber die Demokratie in Pakistan eher schwächen als stärken.

Außenpolitische Entwicklungen

In der Außenpolitik versucht Pakistan verstärkt, die bisherige Isoliertheit durch strategisches Vorgehen aufzubrechen und sich weiter als Regionalmacht zu etablieren. So zuletzt im September 2006 beim Treffen der Blockfreien auf Kuba im Vorfeld der UN-Generalversammlung. Wie schon in den Vorjahren geschieht dies aber vor allem unter pan-islamischen Vorzeichen, unter anderem über die *OIC Organisation of Islamic Conference*, wo Pakistan im Juli 2006 auf dem Höhepunkt der Krise Israel/Libanon federführend bei der Verurteilung Israels agierte. Oder aber beim Außenministertreffen der OIC im März 2007 in Islamabad, wo Generalpräsident Musharraf einen Friedensplan für den Irak unter alleiniger muslimischer Vermittlung vorstellte. Im angespannten Verhältnis zum Nachbar Afghanistan bleibt positiv zu vermerken, dass sich beide Staaten am 30.05.07 im Vorfeld des G8 Treffens in Potsdam auf konkrete Schritte zur Verbesserung der Beziehungen geeinigt haben und in eine Nachfolgekonzferenz mit den G8 Staaten im Oktober 2007 eingewilligt haben.

Neben den Beziehungen zu Afghanistan kommt der Entwicklung der außenpolitischen Beziehungen zu Indien höchste Priorität zu. Und hier hat das Jahresende 2006 positive Entwicklungen gebracht. Pakistan und Indien scheinen erfolgreich an Lösungen für den Kaschmirdisput, der die Beziehungen zwischen beiden Nachbarn seit 1947 vergiftet und dreimal Anlass zu Kriegen lieferte, zu arbeiten. Pakistan bekräftigte den Verzicht der Ansprüche auf Kaschmir, wenn Indien seinen Vorschlägen zustimmt. In einem Interview für den indischen Nachrichtensender NDTV präsentierte Musharraf einen Vier-Punkte-Vorschlag zur Lösung des Kaschmirkonflikts: die Kaschmiren auf beiden Seiten der Grenzkontrolllinie sollen Autonomie und eine Selbstregierung erhalten – aber keine Unabhängigkeit, denn daran sei weder Pakistan noch Indien gelegen. Die Grenzen sollten unverändert bleiben, aber durchlässig. Dieses Element entspricht nahezu völlig indischen Vorstellungen. Das Militär sollte sich aus dem indischen und pakistanischen Teil Kaschmirs zurückziehen. Und für das gesamte Gebiet sollte ein gemeinsamer Verwaltungsmechanismus in Kraft gesetzt werden, an dem die Kaschmiren, Inder und Pakistaner beteiligt sind.

Politisch bahnbrechend war folgende Bemerkung Musharrafs: Wenn Indien positiv auf diese Vorschläge reagiere, dann würde Islamabad seinen Anspruch auf Kaschmir aufgeben. Beide Seiten müssten von alten Positionen abrücken, zu Kompromissen und zu neuen Lösungsansätzen bereit sein. Musharrafs Initiative fand zeitgleich mit dem ersten Treffen der von der indischen Regierung gebildeten Arbeitsgruppe zu Kaschmir statt. Aufgabe des Gremiums war, mit allen politischen Hauptparteien das verfassungsmäßige Verhältnis zwischen Jammu und Kaschmir und der Zentrale in Delhi zu debattieren.

Weiteren Anlass zu vorsichtigem Optimismus im beiderseitigen Verhältnis boten auch die gemäßigten Reaktionen auf einen verheerenden Bombenanschlag vom 19.02.2007. Am Vorabend des Indien-Besuchs des pakistanischen Außenministers explodierten in einem Schnellzug von Indien nach Pakistan Sprengsätze. Mindestens 200 Passagiere fanden bei dem Anschlag den Tod. »Die Absicht ist klar, die Explosionen zielen darauf, die Friedensgespräche entgleisen zu lassen«, erklärte Delhi in einer ersten Stellungnahme. Der auch »Freundschaftsexpress« genannte Zug gilt als Symbol für die Friedensbemühungen zwischen Indien und Pakistan. Bis zum vorigen Jahr war die Strecke zwischen Attari und Lahore die einzige Eisenbahnverbindung zwischen den Nachbarstaaten. Auch Pakistans Regierung wollte sich von dem Anschlag nicht beirren lassen und ging von einem terroristischen Hintergrund aus. Seit dem 2004 begonnenen Tauwetter in den indisch-pakistanischen Beziehungen geraten die Aufständischen immer mehr ins Abseits. Ihnen passt der Friedensdialog nicht, in den sich auch die kaschmirische Koalition »Hurriyat-Konferenz« in jüngster Zeit mit moderaten Tönen eingeschaltet hat. Die Militanten wollen keinen Kompromiss und argumentieren, dann wären alle ihre Opfer umsonst gewesen. Sie lehnen daher auch die Vorschläge des pakistanischen Präsidenten General Pervez Musharraf zur Beilegung des Kaschmirproblems ab. Anfang Juli 2007 verlangsamte der indische Premierminister Manmohan Singh den Prozess des „Composite Dialogue“ angesichts der „innenpolitischen Turbulenzen in Pakistan“.

Das strategisch überaus wichtige Verhältnis Pakistans zu den Vereinigten Staaten ist im letzten Jahr in Bewegung geraten. Vermehrt tauchen Artikel und Berichte auf, in denen über Washingtoner Pläne für die Zeit nach Musharraf spekuliert wird. Öffentliche Sympathiebekundungen für die im Exil lebenden ehemaligen Premierminister Nawaz Sharif und Benazir Bhutto sind aber noch nicht zu hören. Die designierte US-Botschafterin in Islamabad, Anne Woods Patterson, sagte im Juni 2007 lediglich, die USA unterstützen freie Parlamentswahlen. Aber sie nannte Musharraf bei ihrer Anhörung im amerikanischen Senat "einen Modernisierer in Pakistan". Ihre wichtigste Aufgabe werde es sein, dafür zu sorgen, dass die USA "Pakistans Kooperation im Krieg gegen den Terror beibehalten und ausbauen". Angst bereitet Washington vor allem der Gedanke, dass Extremisten in einem Land an die Macht kommen könnten, das über Atomwaffen verfügt. „Es gibt so große Bedenken, wie Pakistan nach Musharraf aussehen würde, dass der überwältigende Reflex darin be-

steht, nichts zu tun, was die Situation destabilisieren könnte“, sagte ein US-Diplomat kürzlich der New York Times.

Wirtschaftliche Entwicklungen

Am 09.06.07 wurde das neue Budget des Haushaltsjahrs 2007 – 2008 vom Parlament verabschiedet. Es umfasst umgerechnet 23,43 Milliarden Euro, hat eine Kreditaufnahme von 4.98 Mrd. und offiziell 3.44 Mrd. Euro für Verteidigung. Auch dieser Haushalt sieht eine Steigerung des Militärbudgets um 10% vor. Das Wirtschaftswachstum wird mit 7% prognostiziert. Vom Finanzminister Durrani wurde das Budget als Haushalt für die Armen bezeichnet, als Haushalt für die Mittelklasse und die bäuerliche Bevölkerung. Außerdem sind Steigerungen von 15% für die Gehälter und Pensionen der Staatsbediensteten vorgesehen, zudem die Erhöhung des Mindestlohns, Subventionen für Tee, Zucker, Reis und Öl. Außerdem ein Aufschlag von 1% auf alle Importprodukte. Die Deviseneinnahmen sind auf 1,4 Mrd. gestiegen, hauptsächlich aufgrund von Einnahmen aus Rücküberweisungen im Ausland lebender und arbeitender Pakistani. Gleichwohl ist das Außenhandelsdefizit auf ca. 5,2 Mrd. gestiegen. Nach übereinstimmenden Bewertungen ist es ein Budget, das im Vorfeld der anstehenden Neuwahlen des Parlaments möglichst viele Wähler für die Regierung einnehmen soll.

3. Afghanistan

Eine nüchterne Bilanzierung gegenüber den Jahren der Talibanherrschaft in Afghanistan ergibt, dass sich alles in allem die Entwicklung in dem Land in kleinen Schritten hin zu offeneren und demokratischeren Strukturen vollzogen hat. Indikatoren dafür sind unter anderem die Gesundheitsversorgung, die infrastrukturellen Verbindungswege, die Kommunikation, der Grad der Einschulungen und der Hochschulabsolvenzen. Allerdings ist die Langsamkeit und regionale Ungleichzeitigkeit ein Problem, und vor allem überschattet die prekäre Sicherheitslage seit Mitte 2006 alle Meldungen über erreichte Fortschritte.

Denn seitdem hat sich die Gesamtlage in Afghanistan auch nach Einschätzung von unabhängigen Instituten¹⁴ so verschlechtert, dass eine langfristige Stabilisierung grundsätzlich gefährdet erscheint. Während Rückschläge in Post-Konflikt-Szenarien eigentlich normal sind, steht Afghanistan weiterhin vor grundsätzlichen Herausforderungen und Problemlagen, die spezifisch sind. Wie im Vorjahr können sie so skizziert werden:

- **Destabilisierung der Sicherheitslage**
- **Wachsende Legitimationsdefizite** von Regierung und Internationaler Gemeinschaft
- **Kaum wirtschaftlicher Wiederaufbau** mit riesiger Drogenökonomie

Destabilisierung der Sicherheitslage

Das letzte Jahr war geprägt von einem Anstieg der innenpolitischen Gefährdungslage mit signifikanter Zunahme von Selbst-

¹⁴ *International Crisis Group, Asia Report 123*

mordattentaten, Aufstandsbewegungen, gewalttätigen Zusammenstößen und Entführungen.

Kennzeichnend ist vor allem, dass im letzten Jahr die Gewalt durch einen dramatischen Anstieg der **Selbstmordattentate** in die Hauptstadt Kabul selbst zurückgekehrt ist. Am 17.06.07 erlebte Kabul den zweiten Tag hintereinander ein Selbstmordattentat und den schwersten Anschlag seit 2001, insgesamt fast 20 Tote. Politisch bedeutsam war die Symbolik, denn Ziel des Selbstmordattentats war ein Bus mit afghanischen Polizisten, genau an dem Tage, als die EU ein weiteres Projekt zur Polizeiausbildung in Kabul begann. Von ähnlicher politischer Bedeutung war ein Selbstmordattentat am 23.02.07 anlässlich des Besuches des US-amerikanischen Vizepräsidenten Dick Cheney bei seiner Ankunft am Flughafen in Bagram, in unmittelbarer Nähe Kabuls. Die anschließende Medienberichterstattung, die von einem Anschlag gegen Cheney selbst sprach, war zwar übertrieben, da der Vizepräsident sich zum Zeitpunkt des Attentats im Inneren des Militärlagerstandortes befand. Dennoch spricht es für die Aufklärungsarbeit und das Spitzelnetzwerk der Taliban, auf den geheim gehaltenen Besuch in kurzer Zeit mit einem Anschlag reagieren zu können. Da Cheney kurz zuvor den eingangs erwähnten Überraschungsbesuch in Islamabad absolviert hatte, lag allerdings ein Besuch in Afghanistan nahe. In jedem Fall wurde durch diesen Anschlag deutlich, dass die Taliban nicht nur im Süden des Landes agieren können.

Im Kampf gegen das als Besatzer empfundene internationale Militär schlagen die Strategen der Taliban bewusst immer auf das jeweilig schwächste Glied der Nato-Gestützten ISAF¹⁵. Seitdem im Frühsommer 2005 das kanadische Parlament nur mit knapper Mehrheit das Mandat für das kanadische Militär verlängert hatte, häuften sich in der Folge die Anschläge auf kanadische Truppen, 54 Soldaten kamen ums Leben. In der kanadischen Öffentlichkeit und Politik mehrten sich kritische Stimmen hinsichtlich eines weiteren Engagements. Eine ähnliche Strategie kann man gegenüber dem deutschen Militär seit dem Beschluss über den Einsatz von Tornado-Luftaufklärern im Süden Afghanistans beobachten. Deutschland befindet sich seitdem im Krieg, so die Lesart der Taliban.¹⁶ Am 19.05.2007 wurden bei einem Selbstmordanschlag in der nordafghanischen Stadt Kundus drei Bundeswehrsoldaten getötet, fünf weitere wurden verletzt. Auch fünf afghanische Zivilisten kamen ums Leben, als sich der Attentäter auf einem Markt in die Luft sprengte. Dieses Ereignis und die Zahl von insgesamt 21 seit 2001 in Afghanistan ums Leben gekommenen deutschen Soldaten hat die politische Debatte um die Sinnhaftigkeit des deutschen militärischen Engagements in Afghanistan wieder entfacht.

Insgesamt hat sich die Anzahl der Selbstmordattentate in Afghanistan im Vergleich zu den Vorjahren erheblich gesteigert. Wäh-

rend sich im Jahre 2003 lediglich zwei Attentate und in 2004 sechs Attentate ereigneten, stieg die Zahl im Jahre 2005 auf 21 Selbstmordanschläge und im Jahr 2006 auf 140, davon im September 2006 einige besonders verlustreiche wie tragische Anschläge auf das Rathaus in Helmand (18 Tote), in der Nähe der US-Botschaft in Kabul (16 Tote) und auf das Innenministerium in Kabul (32 Tote). Das lässt Beobachter von einer „Irakisierung“ sprechen, von irakischen Verhältnissen, wo 2006 rund 200 Selbstmordanschlägen gezählt wurden, mit allerdings weit höheren Opferzahlen pro Anschlag. Sicherheitsexperten vermuten, dass die Ausbildung und Vorbereitung von Selbstmordattentätern in Afghanistan ganz einfach noch nicht über die entsprechende Infrastruktur verfügt wie im Irak.

Neben einer fast flächendeckend zu bezeichnenden Aufstandsbewegung der Taliban im Süden Afghanistans, vor allem in den Provinzen Helmand und Kandahar, prägen zunehmend **gewalttätige Zusammenstöße** auch in anderen Provinzen die sich verschärfende innenpolitische Sicherheitslage und deuten auch auf innerafghanische Machtkämpfe hin. Beispielsweise kamen in der nordafghanischen Stadt Shibergan in der Provinz Jowzjan, einer traditionellen Hochburg General Dostums, 120 Menschen bei blutigen Demonstrationen Ende Mai 2007 ums Leben. Anhänger Dostums und Anhänger des lokalen, paschtunisch-stämmigen Gouverneurs Hamdard beschuldigen sich in der Frage der Verantwortung für die Gewaltausbrüche gegenseitig. Präsident Karzai hat nur eine Kommission zur Klärung entsandt und beschränkt sich auf eine moderierende Rolle. Auch der Anfang Juni gescheiterte Entführungsversuch gegen einen der engsten Vertrauten des Präsidenten wird in diesem Zusammenhang gesehen. Dabei hatte ein General des Innenministeriums versucht, Generalstaatsanwalt Abdul Jabar Sabet zu entführen. Sabet ist Paschtune und war 2006 nach Ernennung durch Karzai auf seinem neuen Posten einem Mitglied der Nordallianz gefolgt. Beobachter spekulieren, dass Sabet sich in der Korruptionsbekämpfung zu stark in die Geschäfte der früheren Nordallianz eingemischt habe. Insgesamt werden Teile der Demonstrationen als Versuch gewertet, die Autorität der Zentralregierung in den Provinzen zu untergraben. Im Zusammenhang mit der Gründung der NUF National United Front (siehe weiter unten) könnte man als vorläufiges Fazit Mitte 2007 ziehen: Präsident Karzai kämpft innenpolitisch an zwei Fronten im eigenen Land – gegen die Taliban und gegen die „Jihadi- Parteien“.

Die militärische Auseinandersetzung zwischen NATO und afghanischen Truppen auf der einen Seite und Aufständischen und Taliban auf der anderen Seite konzentrierte sich im ersten Halbjahr 2007 weiterhin auf den Süden des Landes. Der Bezirk Musa Qala, der nach einer Jirga zwischen britischen Truppen und Taliban von beiden Seiten geräumt worden war, wurde Anfang des Monats wieder von Taliban besetzt. Genau hier zielten NATO-Truppen gegen einzelne Talibanführer, so am 14. Februar gegen den Lokalführer Mullah Manan. Zwischenzeitlich ließ der Talibanführer der Provinz Helmand, Mullah Abdul Rahim, verlauten, dass rund 10.000 Taliban-Kämpfer für Offensiven bereitstünden.

¹⁵ *International Stabilisation Assistance for Afghanistan*

¹⁶ *Sprecher der Taliban, Outlook Afghanistan, 15.04.07*

Befreiung eines italienischen Journalisten aus Geiselhaft

Als weitere politisch-militärische Eskalationsstufe der Taliban im Kampf gegen die ausländischen „Besatzer“ und die afghanische Regierung kann man gezielte Entführungen von Ausländern bezeichnen. Der italienische Journalist Daniele Mastrogiacomo beispielsweise kam im Februar 2007 nach zwei Wochen wieder frei. Vorangegangen waren Verhandlungen, in die sich auch die Regierung in Kabul eingeschaltet hatte. Mastrogiacomo wurde daraufhin gegen fünf inhaftierte Taliban, darunter den Bruder des Taliban-Führers Mullah Dadullah, ausgetauscht. Zu erheblichem innenpolitischem Unmut führte, dass die Regierung offenbar einen Austausch der beiden afghanischen Geiseln nicht vorrangig betrieb. So wurde der Fahrer von den Taliban exekutiert, während der Dolmetscher weiterhin in Gefangenschaft verblieb, sein Schicksal ist bis dato ungewiss. Die Verhandlungsbereitschaft der Regierung erschien vor dem Hintergrund bisheriger Äußerungen Karzais als ein Positionswechsel, denn in der Vergangenheit waren Verhandlungen immer abgelehnt worden. Inwieweit Karzai damit dem Drängen nachgekommen ist, auf die Widerstandsgruppen zuzugehen, bleibt abzuwarten, denn in diesem Fall scheint eher die eindringliche Bitte der Regierung des ISAF Partners Italien bestimmend ausschlaggebend gewesen zu sein.

Wachsende Legitimationsdefizite auf drei Ebenen

Eine weitere Begründung für die substantielle Verschlechterung der Lage in Afghanistan ist auch 2007 in dem rapiden innenpolitischen Vertrauens- und Legitimationsverlust zu suchen, der sich hauptsächlich an drei Akteursebenen festmachen lässt: der afghanischen Regierung, der Internationalen Gemeinschaft und den ausländischen Stabilisierungsgruppen.

Die afghanische Regierung

Präsident Karzai und seine Regierung haben im letzten Jahr weiter an Unterstützung und Zustimmung in der eigenen Bevölkerung verloren. Damit einher geht ein Macht- und Vertrauensverlust. Es wurde beispielsweise nach dem verheerenden Attentat vom September 2006 auf das Innenministerium mit Unverständnis registriert, dass es keinerlei Kondolenzbesuche der Regierung am Tatort gab. Es gab keinen öffentlichen Besuch bei den Opfern im Krankenhaus, somit auch keine Reaktion und Botschaft, die öffentlichkeitswirksam und für die Moral der Bevölkerung wichtig am gleichen Tag in den Abendnachrichten des Fernsehens zu sehen gewesen wäre. So dominierten die Bilder vom Reinigen des blutbeschnittenen Gehwegs das Fernsehen. Das Gleiche wiederholte sich im Juni 2007 beim Selbstmordattentat auf den Polizeibus, über 30 Tote, aber wieder kein Kondolenzbesuch, wieder keine eigentlich fällige „Blut, Schweiß- und Tränenrede“ des Präsidenten mit einem aufmunternden Appell an Frieden und Durchhaltewillen der Bevölkerung. Im September kam noch hinzu, dass Karzai nach zwei Wochen des „Abtauchens“, der Unsichtbarkeit in den täglichen Fernsehsendungen erst dann wieder zu sehen war, als er einem Kontingent des kanadischen ISAF persönlich sein Beileid für den Verlust von zwei Soldaten aussprach. Die Bevölkerung ist darüber enttäuscht, man redet

schlecht über ihn „im Bazar“. Von daher ist es nicht verwunderlich, dass Gerüchte über die Verwicklung von Ministern der Karzai Regierung in den Drogenhandel und die grassierende Korruption bis hinauf in das Präsidialbüro auf fruchtbaren Boden in der Bevölkerung fallen.

Ein neuer innenpolitischer Gegenspieler

Eine der bemerkenswertesten Entwicklungen der letzten Zeit ist die Formierung der Gegenspieler Karzais zu einem neuen Bündnis. Dieses trat am 13.03.07 per Pressekonferenz in Kabul erstmals auf: die NUF oder „National United Front“. Der Name der neuen Bewegung ist geschickt gewählt und programmatisch gemeint. Er erinnert an die einstige „United Front for the Salvation of Afghanistan“, besser bekannt als Nordallianz und so wird diese neue „United Front“ auch folgerichtig als ein Versuch zur Wiederbelebung der Allianz interpretiert, vor allem kommen wichtige Mitglieder der NUF auch aus dem Norden des Landes. Auf jeden Fall hat das Bündnis eine innenpolitische Sogwirkung, sorgt für Polarisierung der Akteure und hat das Potential, zu einem mächtigen Gegenspieler der Regierung Karzai und der Internationalen in Kabul zu werden.

Das Bündnis geht politisch über die alte Nordallianz hinaus, denn es vereint Vertreter von 15 politischen Parteien, darunter viele bekannte Ex-Mujaheddin und „Nordallianzler“, aber auch Kommunisten und Königstreue, einige Parlamentsmitglieder und Berater der Regierung Karzai. Es handelt sich zudem um eine Allianz von Politikern, die einander in den achtziger und neunziger Jahren mit extremer Gewalt bekämpft haben¹⁷ und für die Zerstörung weiter Teile Kabuls verantwortlich sind. Die NUF wurde anfänglich nicht ernst genommen und als „Bündnis der Ungläubigen und Verräter“ bezeichnet. Nachdem aber Präsident Karzai das Potential der Gegenspieler erkannt und gemutmaßt hatte, dass es massive Gründungshilfe aus einigen Botschaften in Kabul für die NUF gegeben habe, begann man sich mit der Bewegung politisch auseinander zu setzen, auch auf Seiten der Internationalen Gemeinschaft. Mit Gründungshilfe waren vor allem die iranische, aber auch die pakistanische und russische Vertretung gemeint.

Die NUF postuliert mit ihren Forderungen im Grunde die Abschaffung des bisherigen präsidialverfassten politischen Systems in Kabul. So verlangt das Bündnis zum Beispiel die Direktwahl

¹⁷ NUF-Sprecher ist Burhannudin Rabbani, Ex-Staatspräsident, Mitglied des Parlaments (MP), radikaler Islamist ; dazu kommen u.a. Ahmed Zia Massoud, Vizepräsident Afghanistans und Bruder des toten Nationalhelden und Führers der Nordallianz, Ahmad Shah Massoud, ; Energieminister Ismail Khan, Ex-Gouverneur von Herat; General Abdul Rashid Dostum, bis 2006 Vize-Verteidigungsminister, jetzt Chief of Army Staff, Ex-Innenminister aus kommunistischen Tagen und jetziger Parlamentsabgeordneter, Sayed Mohammed Gulabzoy; Ex-Verteidigungsminister Marshall Fahim, Ex-General Olumi, heute MP, der unter Präsident Najibullah als Armeechef diente, der derzeitige Sprecher des Unterhauses Yunus Qanuni ; Prinz Mustafa Enkel des Königs, seit geraumer Zeit erklärter Präsidentschaftsbewerber

der Gouverneure, die bislang vom Präsidenten ernannt werden. Dazu eine Verfassungsänderung zur Direktwahl eines Ministerpräsidenten durch das Parlament, sowie die Stärkung dieser neuer Regierung und des Parlaments gegenüber dem Präsidenten. Weitere Forderungen sehen Wahlrechtsänderungen vor, eine Abkehr vom Prinzip des „single, non-transferable vote“ zu Gunsten eines Verhältniswahlrechts. Hinter der Forderung nach Direktwahl der Gouverneure könnte eine Strategie zum erneuten Zugriff auf die Ressourcen der Staatsmacht in den Provinzen stehen, und weniger der Einstieg in ein föderales System. Außenpolitisch verlangt die NUF Anerkennung der umstrittenen Durand-Line als offizielle Grenze zu Pakistan, was für die politische Klasse in Afghanistan revolutionär zu nennen ist.

Seit ihrer medienwirksamen Gründung kommentiert und besetzt die NUF alle wichtigen Themen, sodass Beobachter von einer „Doppelstrategie“ sprechen: wichtige Vertreter der NUF haben Regierungsämter im Kabinett Karzai, gleichzeitig agiert die NUF aber wie eine Oppositionsbewegung und geriert sich als populistische außerparlamentarische „Stimme des Volkes“. Über die Regierungsarbeit versucht sie, Legitimität und Reputation zu gewinnen und sich für schrittweise Reformen einzusetzen – oder sich wie im Falle des Mediengesetzes für eine Rückwärtsbewegung stark zu machen. Parallel dazu will sie die Kräfte schwächen, die Präsident Karzai stützen könnten. Jedenfalls präsentiert sich das neue Bündnis als existenzgefährdend für die Regierung Karzai.¹⁸

Noch nicht absehbar ist, ob das Bündnis nach dem Erreichung ihres politischen Zieles, dem Sturz der Regierung Karzai, weiter lebensfähig wäre. Ebenso ist schwer einzuschätzen, wie weit es von den Islamisten der Jamiat-e-Islami unter Führung Burhanuddin Rabbani gesteuert wird. Nicht unrealistisch ist es jedenfalls angesichts der politischen Irrelevanz von mehr als 80 politischen Parteien im Land, dass das Bündnis ein politisches Vakuum ausfüllt. Tatsache ist, dass die NUF mit dem von ihr im Parlament initiierten Amnestiegesetz die drohende Strafverfolgung ihrer eigenen Klientel wegen Kriegsverbrechen verhindern wollte und diese Lobbyarbeit um das Amnestiegesetz ein erfolgreicher Testlauf für die Bewegung selbst war. Die NUF war auch treibende Kraft hinter der parlamentarischen Ablösung von zwei Ministern, die sich zu einer tiefen Regierungskrise auswuchs und im Ergebnis das System der Gewaltenteilung in Afghanistan in Frage stellt:

¹⁸ Eine Fußnote afghanischer Geschichte: wichtige Vertreter der NUF haben Karzai zur Macht verholfen. Denn auf der Suche nach Bündnispartnern im Kampf gegen die Taliban versicherten sich die USA 2001 der Hilfe der Nordallianz. Nach dem Petersberg-Abkommen kam dann die Übergangsregierung von Präsident Karzai ins Amt, Führer der Nordallianz, rieten der internationalen Gemeinschaft damals vergebens das Momentum zu nutzen und gemeinsam mit Pakistan endgültige gegen die Taliban vorzugehen.

Ihren Anfang nahm die Krise am 09.05.07. Das afghanische Unterhaus brachte ein Misstrauensvotum gegen zwei Minister aus Karzais Kabinett ein. Das Parlament warf dem Minister für Flüchtlingsangelegenheiten Akbar Akbar und dem Außenminister Rangin Dadfar Spanta Versagen und Inkompetenz vor, da sie das Nachbarland Iran nicht auf diplomatischem Weg an der Abschiebung von 150.000 afghanischen Flüchtlinge hindern konnten. Der Flüchtlingsminister wurde mit 136 Stimmen abgewählt, ein Misstrauensvotum benötigt 125 Stimmen. Karzai entließ daraufhin den Minister paschtunischer Herkunft. Gegen den Außenminister sprachen sich 124 Abgeordnete aus, mit einer ungültigen Stimme. Die Gegner Spantas aus der NUF plädierten für die Wertung der ungültigen Stimme als „Ja“. Das Parlament entschied sich für einen zweiten Wahlgang. Dann begann ein Tauziehen hinter verschlossenen Türen. Die NUF und die Dschihadi, die ehemaligen Mudschahedin-Führer, die das Parlament dominieren, „überredeten“ die Befürworter Spantas, den ehemaligen „Maoisten“ fallenzulassen. Sieben Tage später kam das Misstrauensvotum mit deutlicher Mehrheit der Stimmen zustande.

Karzai akzeptierte diese Entscheidung des Parlaments nicht, denn tatsächlich sollte das Misstrauensvotum die Autorität des Präsidenten selbst untergraben, indem man den liberalen Akademiker Rangin Spanta zu Fall bringt. Karzai rief die Astarah Mahkama, eine Art Verfassungsgericht des neuen Afghanistans, an. Dort votierten die meisten der neun Richter zugunsten des Staatsoberhaupts. Die Entscheidung liege bei Karzai selbst, lautete der Richterspruch. Doch das Unterhaus hat dieses Urteil verworfen. Der Spruch des Gerichts sei nicht bindend und tatsächlich ist in der afghanischen Verfassung die Verbindlichkeit der Entscheidungen des Verfassungsgerichts nicht deutlich festgelegt. Als Folge liegen nun die drei Staatsgewalten in Afghanistan miteinander in einem klassischen Kompetenzstreit, dessen Ausgang ungewiss ist, denn das Parlament ist bis Ende August 2007 in der Sommerpause. Über den Verfassungsstreit hinaus hat die Affäre eine persönliche und ethnische Komponente. Denn Spanta ist einer der wenigen Politiker Afghanistans, die über jeden Verdacht der Korruption und Vetternwirtschaft erhaben sind und daher die Anerkennung der Bevölkerung genießt. Allerdings hat er keine ethnische „Hausmacht“. Der Tadschike aus Herat gehört zu keinem mächtigen Stamm, zu keiner politischen Partei und verfügt nicht über eine bewaffnete Gefolgschaft. Unterstützt wird er allerdings von den meisten afghanischen Medien.

Das Amnestiegesetz

Beide Kammern des afghanischen Parlaments verabschiedeten im Januar/Februar auf Initiative von Mitgliedern der NUF und weiterer ehemaliger Protagonisten des afghanischen Bürgerkrieges das Gesetz zu „National Stability and Reconciliation“, das eine Amnestie für Kriegsverbrechen vorsieht. Aufgrund der heftigen nationalen und internationalen Kritik, die diese parlamentarische Entscheidung hervorgerufen hatte, wartete man auf Präsident Karzai, der mit seiner Unterschrift das Gesetz bestätigen musste. Die Vereinten Nationen warnten, dass das Gesetz eine Kultur der Straflosigkeit und eine Verletzung fundamentaler

Grundrechte darstelle. Dies wiederum provozierte Anhänger und Befürworter und sie mobilisierten 25.000 Demonstranten auf einer öffentlichen Veranstaltung am 23.02.07 im Kabuler Stadion für das Gesetz. Auf dieser Veranstaltung wurden namentlich der jetzige Außenminister Rangin Dadfar Spanta, die UNAMA in persona Tom Koenigs und *Human Rights Watch* als Feinde Afghanistans bezeichnet und Karzai als „Marionette der internationalen Gebergemeinschaft“ bezeichnet.

Nach einer redaktionellen Änderung wurde das „National Stability and Reconciliation“ Gesetz durch die Unterschrift von Präsident Karzai rechtskräftig. Abgeschwächt wurden nur die Paragraphen zu „Verbrechen gegen die Sicherheit Afghanistans“ und zur Verfolgung von Verbrechen, wo das Verfahren bereits eingeleitet wurde. Diese wurden von einer Amnestie ausgenommen. Afghanische Menschenrechts- und Anwaltsorganisationen bezeichnen das Amnestiegesetz als nicht verfassungsgemäß und als einen Rückschlag gegen die nationale Versöhnung, den „Action Plan for Peace Reconciliation and Justice“. Um Karzai nicht zu desavouieren, verzichteten die westlichen Botschaften weitgehend auf öffentliche Kritik. Trotzdem hat Präsident Karzai durch die Unterschrift enorm an Kredit und Vertrauen bei einem Teil des demokratischen Spektrums verloren.

Auch deshalb, weil mit Inkrafttreten des Amnestiegesetzes Gerüchte um eine Kabinettsumbildung aufkamen. Die Auswechslung der Minister für Inneres, Verteidigung und Auswärtiges wurde erwartet und die Rückkehr der im Vorjahr entlassenen Minister nicht ausgeschlossen. Tatsächlich kündigte Karzai am 02.05. an, die Regierung reformieren und einige Minister neu berufen zu wollen. Eine Umsetzung steht aus und wird nach der Sommerpause erwartet. Die Summe aller innenpolitischen Entwicklungen ergibt eindeutig eine neue Arithmetik: Die Kräfteverhältnisse in Afghanistan sortieren sich neu.

Die internationale Gemeinschaft

Für den geschilderten Vertrauens- und Legitimitätsverlust der Regierung Karzai wird die Internationale Gemeinschaft in „Mithaftung“ genommen, denn nach Auffassung der meisten Afghanen werden Karzais Regierungsstil und sein Regierungssystem von außen unterstützt. Die sich am 29. Mai 2006 in einem Gewaltausbruch von Tausenden¹⁹ artikulierte Frustration der Bevölkerung hat bis Sommer 2007 angehalten, es ist ein deutlicher Stimmungsumschwung gegenüber Ausländern zu bemerken. Durch das partielle Versagen der Regierung Karzai wird auch das Misstrauen gegenüber einem externen Staatsaufbau nach dem Vorbild westlicher Demokratien bestätigt. Allerdings sind Anse-

¹⁹ Nach einem normalen Zwischenfall - einem Verkehrsunfall eines amerikanischen Militärfahrzeugs mit mehreren Toten – eskalierte damals die Gewalt. Eine durch die Straßen marodierende Menge brannte Läden und bei Ausländern beliebte Hotelherbergen nieder, tötete Polizisten, plünderte Niederlassungen westlicher NGOs und skandierte „Tod Karzai, Tod Amerika“.

hen und Vertrauen in die Vereinten Nationen (UNAMA) und die zivile internationale Geber- und NGO-Gemeinschaft auch aus anderen Gründen in den letzten Jahren dramatisch gesunken. Denn nach dem Bonner Petersberg Abkommen vom Dezember 2001 schien Afghanistan eher Projektionsfläche für kühne Visionen von Statebuilding und schnellem stabilen Demokratieaufbau zu sein als ein Projekt für externe Entwicklungsförderung. Die Erwartungen der ca. 25 Millionen Einwohner Afghanistans auf eine wirtschaftliche Entwicklung wurden fahrlässig geschürt, und das in einem Land, das seit Jahrzehnten zu den ärmsten der Welt gehört und nach 30 Jahren Bürgerkrieg keinerlei funktionierende Infrastruktur mehr aufweisen konnte.

Im Verlauf des letzten Jahres kann man allerdings ein langsames Umdenken bei der internationalen Hilfe konstatieren. Der Gedanke, dass die zivile Hilfe zur kostenintensiven militärischen Sicherung endlich aufschließen muss, macht sich zögerlich breit und es herrscht Konsens, dass Afghanistan militärisch nicht aufgebaut werden kann und der finanzielle und personelle Aufwand für den Militäreinsatz in einem Missverhältnis zum Bedarf beim zivilen Wiederaufbau steht. Die Anfang 2007 annoncierte Erhöhung des deutschen Beitrags von 80 auf 100 Millionen € ist ein erster Schritt, reicht aber bei weitem nicht aus. Angetreten war der Westen am Hindukusch mit dem vielzitierten Vorsatz, die "Herzen und Köpfe der Afghanen zu gewinnen". Besonders die Deutschen, denen die Afghanen sich historisch eng verbunden fühlen, waren dabei auch zu Beginn des Einsatzes ausgesprochen erfolgreich. In der Hauptstadt Kabul waren sie als Friedensbringer gefeiert, im Norden später als Bauhelfer freudig begrüßt worden. Doch insgesamt lief der Wiederaufbau viel langsamer als von den Afghanen erhofft. Außerhalb Kabuls kam wenig an von der versprochenen Milliarden-Hilfe, und der paschtunische Süden, in dem die Taliban traditionell ihre Hochburgen hatten, wurde fast völlig ignoriert.

Fünfeinhalb Jahre nach der Stationierung der ISAF-Friedenstruppe ist „das Land wieder in einer Konfliktsituation“²⁰ ist im Süden und Südosten fest im Griff des Krieges, was die westliche Gemeinschaft den Afghanen versprochen hat an Frieden, Wiederaufbau und Stabilität droht dort teilweise unterzugehen. Hinzu kommen Enttäuschung und Wut der Bevölkerung, vor allem über die ausländischen Truppen.

Die ausländischen Truppen

Wie erwähnt werden zumindest die kämpfenden Truppen von den Afghanen zunehmend als Besatzer wahrgenommen, unisono wird gegen sie auch eine Stimmung produziert wie gegen die sowjetischen Invasoren Anfang der 80er Jahre. Der Kampf der Taliban kann so zu einem Befreiungskrieg stilisiert werden. Und seit die Bundeswehr ihre Tornado-Aufklärungsflugzeuge entsandt hat, werden auch die Deutschen als Kriegspartei wahrgenommen. Diese Propaganda kann jedoch nur erfolgreich sein,

²⁰ UNAMA, Tom Koenigs, in einem Gespräch am 26.02.07

weil sie von schweren Fehlern des Westens profitiert, denn vor allem ab 2006 fehlt dem militärischen Einsatz das Augenmaß. Besonders die Amerikaner haben durch große Rücksichtslosigkeit die Bevölkerung gegen sich aufgebracht. Und das zeigt sich immer wieder bei Luftangriffen auf afghanische Dörfer, bei denen im Zuge der Terroristenjagd viele Unschuldige getötet werden. Von etwa 4000 Toten, die im vorigen Jahr in Afghanistan der Gewalt zum Opfer fielen, sind Schätzungen zufolge mindestens ein Viertel Zivilisten gewesen. Gerade im Mai und Juni 2007 häuften sich die Meldungen, ein Vorfall im Süden vom 29.06.07 mit über 70 getöteten Zivilisten war besonders dramatisch²¹.

Immer mehr zivile Opfer, hohe Verluste bei Polizei und Armee und wachsende Wut darüber in der Bevölkerung zwangen Präsident Karzai im Mai diesen Jahres zur öffentlichen Kritik am häufig unsensiblen militärischen Vorgehen der internationalen Gemeinschaft, insbesondere dem der amerikanischen Verbände. Der Senat, dessen Mitglieder fast zur Hälfte vom Präsidenten ernannt sind, verabschiedete sogar eine Resolution, in der die internationalen Militäreinheiten aufgefordert wurden, sich besser mit der afghanischen Armee abzustimmen, auf bestimmte Angriffe zu verzichten und einen Termin für den Abzug festzulegen. Gleichzeitig machte er sich eine alte Forderung von pakistanischer Seite nach einem Dialog ohne Einschränkungen mit den Taliban zu eigen. In den Reaktionen auf diese Kritik wurden die Differenzen innerhalb der internationalen Gemeinschaft über die richtige Strategie deutlich: Auf der einen Seite der Kampf gegen den Terror mit fast unbeschränkten Mitteln, auf der anderen Seite ein deutlicher Akzent auf Sicherheit, Stabilität und Wiederaufbau. Solange es der NATO nicht gelingt, einheitlich und koordiniert im Land vorzugehen, werden diese Differenzen weiteren Schaden anrichten.

Auf Seiten der Aufständischen fällt es zunehmend schwer, zwischen den verschiedenen gewaltbereiten oppositionellen Kräften und deren Motiven zu unterscheiden. Auch die Abgrenzung der ISAF von OEF-Kräften ist schwierig bis unmöglich. ISAF-Verantwortliche haben laut zuverlässigen Aussagen keine Einflussmöglichkeiten auf die OEF-Strategie. Deshalb mehren sich Stimmen in Deutschland, zum Beispiel das OEF-Mandat für Afghanistan nicht zu verlängern, weil es nach dem Abschluss des Petersberg-Prozesses und der Ausweitung der ISAF-Zuständigkeit auf ganz Afghanistan keine Rechtsgrundlage mehr dafür gebe. Bis dato liege zudem kein Status of Forces Agreement (SOFA) zwischen den OEF-Nationen und Afghanistan vor. OEF operiere daher im rechtlichen Niemandsland. Neben ISAF und den afghanischen Sicherheitskräften dürfe es in Afghanistan keine weiteren bewaffneten Akteure geben.

Kaum wirtschaftlicher Aufbau

²¹ Bei einem Luftangriff im Rahmen von Operation Enduring Freedom OEF im Bezirk Gereschk, Provinz Helmand.

Den verfügbaren statistischen Daten nach hat sich Afghanistans wirtschaft- und gesellschaftspolitische Lage auch 2006/2007 weiter positiv entwickelt, dies wird durch internationale Finanzinstitutionen wie der *Asian Development Bank* ADB bestätigt. Das Wirtschaftswachstum wurde mit 14% errechnet, das Bruttozialprodukt stieg auf 7,3 Milliarden US-Dollar, der Export wuchs um 14% und das Pro-Kopf Einkommen stieg auf 292 USD. 77% der Einwohner hatten 2006 Zugang zum Gesundheitswesen, gegenüber 9% in 2001. Die Lebenserwartung beträgt trotzdem nur 45 Jahre. 7 Mio. Kinder gingen 2006 zur Schule – im Süden allerdings sind die Zahlen rückläufig, u.a. wegen der Attentate auf Mädchenschulen.

Diese statistischen Rahmen können aber nicht als Indikator für eine insgesamt positive Wirtschaftsentwicklung dienen, denn in einem durch den jahrzehntelangen Krieg in jedem Bereich total zerstörten Staat wie Afghanistan lässt sich durch die umfangreiche internationale Finanzhilfe seit 2002 relativ rasch eine statistisch erfreuliche Wachstumsrate vorweisen. Das bedeutet eben nicht, dass Strukturen für eine tragfähige wirtschaftliche Entwicklung aufgebaut sind.

Die tiefe Armut, die Perspektivlosigkeit für die jugendliche Bevölkerung (58 % unter 18 Jahren) und die wachsende Kluft zwischen Profiteuren des internationalen Wiederaufbaugeschäfts einerseits und sozialen Verlierern des Wiederaufbaus andererseits lassen ein riesiges sozioökonomisches Konfliktpotential heranwachsen. Die oft zitierte Friedensdividende ist für die Bevölkerung nicht bemerkbar.

Während Warlords mit Opiumprofiten halbe Stadtviertel aufkaufen und den Außenhandel Afghanistan bedrohlich monopolisieren, ist nach offiziellen Angaben ein Drittel der Erwerbsfähigen ohne Arbeit, wobei Frauen kaum mitgezählt werden. In Kabul drängen sich morgens Dutzende Männer in der Hoffnung auf einen Tagesjob um jedes haltende Auto an der Kreuzung. Nur sechs Prozent der Bevölkerung erhalten öffentlichen Strom. Gleichzeitig wird immer offener diskutiert, wie Aufbauhilfe-Milliarden verschwendet werden. Ausländische Firmen, aus der Türkei, Indien und den USA erhielten die lukrativsten Aufträge, die sie dann an schlechte Qualität liefernde Subunternehmen weitergaben, auch diese wiederum beschäftigten in der Regel keine einheimischen Arbeiter. Das Vorzeigeprojekt der Fernstraße Kandahar-Kabul wurde von der Louis Berger Group für 750 000 Dollar pro Kilometer gebaut – ein Drittel so teure Angebote sollen nicht berücksichtigt worden sein²². Zunehmend werden auch die Tagesgagen von privaten Consultants und Ministerberatern problematisiert, die in Extremfällen dem Jahresdurchschnittseinkommen eines Afghanen nahe kommen.

Einem tragfähigen und der Bevölkerung zugute kommender wirtschaftlicher Wiederaufbau steht aber zusätzlich noch eine afgha-

²² DAWN, 12.03.2007

nische Besonderheit entgegen. Es geht um den Drogenanbau, die Problematik und Komplexität dieses Themas kann hier nur umrissen werden:

Drogenhandel und -produktion

Um 49 Prozent soll die Opiumproduktion in Afghanistan in 2006 zugenommen haben, berichtete das UN-Büro für Drogen und Verbrechen²³. 6100 Tonnen Rohopium seien geerntet worden, 92% der illegalen Weltproduktion. Ähnlich viel wird jährlich für medizinische Zwecke – Morphin und Codein – vor allem von Australien und Frankreich angebaut. Die Anbaufläche stieg um 59% auf 165.000 Hektar im Jahr 2006, was auf der Auswertung von Satellitenbildern nur eines geringen Teils der Anbaugelände beruht – kleine Opiumfelder oder Mischanbau mit anderen Nutzpflanzen sind darauf schwer zu identifizieren. Alle Prognosen sprechen von einer sich abzeichnenden Rekorderte im Jahr 2007, Afghanistan ist zu einem Drogenland geworden.

Vor diesem Hintergrund kündigte John Walters, Chef des Nationalen Anti-Drogen-Büros im Weißen Haus, im Dezember 2006 eine große Sprühhkampagne mit Chemikalien in Afghanistan an. Dieser Strategie schloss sich auch der US-General Dan McNeill an, der Anfang Februar 2007 das ISAF-Kommando übernahm. Der neue US-Botschafter William B. Wood hatte sich aufgrund eigener Erfahrungen als Botschafter in Kolumbien wiederholt für Sprühhkampagnen eingesetzt. Zwar fordern alle internationalen Geber die Eindämmung der Opiumproduktion, doch den Einsatz chemischer Mittel bezeichnen sie als die falsche Vorgehensweise. Sprühhaktionen könnten den Boden und das Grundwasser verseuchen, eine großflächige Vernichtung dürfte aber vor allem Mohnbauern und ihre dann arbeitslos gewordenen Lohnarbeiter in die Arme der Neo-Taliban treiben und die einflussreichen Drogenbarone noch stärken.

Die Taliban setzten noch 2001 einen erfolgreichen Opiumbann durch – in Absprache mit der *United Nations Organisation on Drug Control* UNODC, die dafür eine große Summe an Entwicklungsgeldern zusagte. Allerdings stoppten die Taliban den Anbau wohl auch bereitwillig, da sie so große eingelagerte Opiumvorräte auf den illegalen Markt werfen konnten. Der einzige Gewinn versprechende Exportartikel Afghanistan erzielt mittlerweile über die Hälfte des afghanischen Bruttosozialprodukts. Die NATO wagt nicht durchzugreifen – aus Angst vor weiteren Aufständen. Tatsächlich gibt es gegen den Opiumanbau und die anschließende Heroinproduktion (zumeist in Pakistan und in China) kein Patentrecht, denn der Drogenweltmarkt ist in gewisser Weise auch ein Mustereschüler der Globalisierung: Gerade wegen der Repressionen verschärft er bei steter Nachfrage gute Gewinne. Global ist er wahrscheinlich nur mit einer Legalisierung und Regulierung einzudämmen, ein erster Schritt wäre es, Opium offiziell für medizinische Zwecke in Afghanistan anbauen zu lassen.

Außenpolitik

Zeitgleich mit dem Legitimitäts- und Vertrauensverlust der Regierung Karzai hat Afghanistans Nachbar Iran seine Politik geändert, die bisher von zögerlicher Neutralität und bilateraler Passivität gekennzeichnet war, und es zeigte sich, dass der Iran zur Destabilisierung der fragilen Lage in Afghanistan ebenso fähig ist wie Pakistan, die Regierungskrise nach dem Misstrauensvotum in afghanischen Parlament ist ein Beweis. Im Iran leben etwa zwei Millionen legale und illegale Flüchtlinge aus Afghanistan. Während Pakistan, wo nach jüngstem Census 2,5 Mio. Afghanen leben, monatelang damit drohte, die Flüchtlingslager an seiner Grenze aufzulösen, schritt der Iran ohne große Vorwarnung und ohne diplomatische Begleitung zur Tat. Seit April 2007 werden die illegalen Flüchtlinge massiv zurückgeführt, bis dato ca. 100.000 Menschen. In ihren Herkunftsregionen gibt es für sie jedoch weder Unterkunft noch Aussicht auf Arbeit.

Neben der humanitären und innenpolitischen Dimension hat das Vorgehen des Iran aber auch eine regionalpolitische und sicherheitspolitisch globale Komponente. Denn der Nachbarstaat Iran hatte erst nach westlichen Sanktionen wegen seines Kernforschungsprogramms offen mit Destabilisierung in Afghanistan gedroht und hinter den Kulissen nach einem Anlass gesucht, in die außenpolitische Offensive zu gehen. Als Afghanistan im Februar ohne Absprachen begann, einen Grenzfluss aufzustauen, wies die Islamische Republik im Gegenzug 90.000 afghanische Kriegsflüchtlinge aus.

Ausblick Pakistan/Afghanistan

In Pakistan ist mit einer weiteren schwerwiegenden innenpolitischen Destabilisierung zu rechnen. Nach der gewaltsamen Erstürmung der „Roten Moschee“ in Islamabad werden die extremistischen und islamistischen Kräfte zu Racheakten aufrufen, die die Gefahr eines Flächenbrandes bergen. Die ersten Reaktionen Anfang Juli belegen dies.

Ob sich der Richter Iftikhar Chaudry weiterhin als Gegenpart zum Präsidenten Musharraf profilieren kann hängt vom Ausgang der Überprüfung vor dem *Supreme Court* ab. Laut Verfassung dürfte er selbst nach Rücktritt vom Richteramt erst nach ein paar Jahren aktiv in die Politik wechseln, als Politiker fehlen ihm zudem Charisma und Erfahrung. Allerdings hat er als in der Provinz Punjab aufgewachsener Paschtune aus Balochistan eine interessante ethnische Biographie und spricht mehrere der pakistanischen Landessprachen und er wagt zunehmend politischere Statements. Chaudry droht aber von anderen Parteien opportunistisch für ihre Zwecke eingesetzt zu werden.

Im Alltag spüren die Menschen in Pakistan die Diktatur zunehmend in Form staatlicher Willkür. Die Institutionen des Landes funktionieren nur frei und unabhängig, solange sie im Wesentlichen Musharraf folgen. Nicht nur missliebige Richter werden abgesetzt, auch Fernsehanstalten und Zeitungen droht Strafe, wenn sie zu kritisch berichten. Die Aussichten, den Militärherrscher

²³ *World Drug Report, UNDOC, Antonio Maria Costa, 26.06.07*

auf geordnetem Wege aus dem Amt zu drängen, sind immer noch gering. Nur wenige glauben, dass die in den nächsten 12 Monaten anstehenden Parlamentswahlen demokratischen Standards entsprechen werden. Und selbst wenn Musharraf seine Mehrheit verlöre, wäre das vermutlich noch nicht das Ende seiner Herrschaft. Denn zurzeit plant er, sich noch vor den Wahlen vom alten Parlament für weitere fünf Jahre bestätigen zu lassen. Noch bezeichnender ist, dass selbst nach parlamentarischer Kür einer neuen zivilen Regierung das Militär sich den Zugriff auf Schlüsselpositionen und Schlüsselministerien nicht nehmen lassen will, so eine Ankündigung des Generalstabs im Mai 2007. Sechzig Jahre nach Staatsgründung und sieben Jahre nach dem Militärputsch ist Pakistan somit weit davon entfernt, über freie und faire Parlamentswahlen zu einer demokratischen Entwicklung zurückzufinden.

In Afghanistan müssen dringlich neue innen- und sicherheitspolitische Strategien die Oberhand gewinnen. Dies betrifft vor allem die Aufstandsbewegung der Neo-Taliban und deren bisher rein militärische Bekämpfung. Angesichts der Guerilla-Taktik der Taliban und einer weiteren Entfremdung der Bevölkerung muss ein Umdenken erfolgen. Im Norden könnte ausserdem die erreichte relative Stabilisierung durch eine gemeinsame Regionalplanung so weiter konsolidiert werden, dass der Norden Modellcharakter für südliche Landesteile entwickelt. Die afghanische Eigenverantwortung muss dabei durch die gemeinsame Ausarbeitung mit Vertretern der Provinzverwaltungen, politischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen gefördert werden.

Die fragile Sicherheitslage im Südosten Afghanistan verlangt dagegen einen neuen kreativen Stabilisierungsansatz. Im multilateralen Rahmen könnten Ansätze für eine Gesamtstrategie in den südlichen Provinzen entwickelt werden. Es gilt, ein politisches Gremium so zu ermächtigen, dass es als gleichwertiger ziviler Partner des NATO-Militärbündnisses politische Maßnahmen zur Vertrauensbildung und wirtschaftlichen Hilfe in Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung koordiniert. Der von der UNAMA und der afghanischen Regierung gebildete Kontrollausschuss Joint Coordination and Management Board (JCMB) sollte dafür mit mehr Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet werden.

Auch für das nächste Jahr scheint sich abzuzeichnen, dass nicht nur Indien und Pakistan in Afghanistan Stellvertreterkämpfe austragen. Unverkennbar betrachten vor allem die USA ihr Engagement in Afghanistan auch als Teil ihrer Eindämmungspolitik gegenüber dem Iran. Eine Konfrontations- und Eskalationspolitik gegen den Iran liegt aber nicht im Interesse Europas und vor allem auch nicht Afghanistans. Die Stabilisierung Afghanistans gelingt nur mit seinen Nachbarn, nicht im Krieg gegen sie. Afghanistan darf nicht erneut zum Spielball fremder Mächte werden.